

klar **text**

Seite 3:

Zukunft der Arbeit –
Katja Kipping zum
1. Mai 2005

Seite 6:

Die Zukunft der
Vergangenheit – Deutsche
Erinnerungspolitik

Seite 10:

Tarifverträge –
Relikte der
Vergangenheit?

Foto: Gedenkstätte Museum Auschwitz 2001



**60 Jahre
Tag der Befreiung**

Liebe Leserinnen und Leser,

in diesen Tagen und Monaten jähren sich die Ereignisse des Kriegsendes, die Befreiung der Konzentrations- und Vernichtungslager und schließlich die bedingungslose Kapitulation Deutschlands zum sechzigsten Mal. Damit verbinden sich im „Supergedenkjahr“ nicht nur zahlreiche Medienberichte, Dokumentationen und Buchveröffentlichungen sondern auch eine Fülle von Gedenkfeiern und -reden. Zwischen der Trauer der Überlebenden, die an die Stätten des Todes an diesen Tagen zurückkehren und den Bekenntnissen des „Nie wieder“ der Honoratioren und Politiker, liegt auch die Inszenierung und Instrumentalisierung der historischen Ereignisse. So ist etwa der Streit um den Anteil der kommunistischen Häftlinge an der Befreiung des „K.L. Buchenwald“ ohne die Stilisierung des politischen Widerstandes im Dritten Reich in der DDR nicht zu verstehen – ebenso wie das Gedenken an die sowjetischen Speziallager ohne den totalitarismustheoretischen Blick der wiedervereinigten BRD. Am 10. Mai wird mit der Eröffnung des lange umstrittenen Holocaustmahnmals in Berlin der nationale Akt des Gedenkens an einem künstlerisch-ästhetisch konzipierten Ort stattfinden, während die Debatten um Opfergruppen und Gedenkstättenpolitik an den konkreten Orten andauern.

In Ost- und Westdeutschland, schnell unter den Bedingungen des Kalten Krieges, war Rückschau und Deutung von Geschichte auch immer Erinnerungspolitik. Das zerschlagene Dritte Reich, letztlich in seinen Staatsbürgern konkretisiert, bildete – mit der „Hypothek“ eines barbarischen Vernichtungskrieges und der Auslöschung der europäischen Jüdinnen und Juden – den Ausgangspunkt der beiden deutschen Nachkriegsstaaten. Die Verfahren

der Entnazifizierung stießen schon in ihrer bürokratisch gewaltigen Dimension schnell an Grenzen – und unter pragmatischen Gesichtspunkten ebenso. Was dem einen als gewaltige Aufbau- und Demokratisierungsleistung gilt, kann auch als „zweite Schuld der Deutschen“ (Ralph Giordano) betrachtet werden, das Verweigern von Schuld und Verantwortung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus.

Das Verlangen eines Schlusstriches ist kein Problem eines immer größeren zeitlichen Abstandes, dieses Bedürfnis hat es seit 1945 gegeben. Gleichzeitig ist aus dieser Forderung nie gänzlich Realität geworden, das Interesse an den Nazis und dem II. Weltkrieg ist ebenso ungebrochen wie dieser Abschnitt zu den materialreichsten der deutschen Geschichtswissenschaft zählt. Dabei fokussieren die Familiengeschichten eher Vertreibung, Hunger und Autobahnen als ins Erbe gekommenes so genanntes arisiertes Eigentum, Kriegsbegeisterung und Hitlerverehrung. Was sich ändert, sind eher die Orte an denen erzählt wird. Der für die Bombardierung Dresdens verwendete Begriff „Bombenholocaust“ durch die NPD im sächsischen Landtag ist nicht denkbar ohne die Tradierung der Erzählungen über die Zerstörung der Stadt als „angloamerikanisches Kriegsverbrechen“, nicht nur in der DDR. Aus der Trauer um die deutschen Opfer des Luftkrieges wird mit der Entgrenzung von Begriffen die Relativierung deutscher Kriegsschuld und deutschen Vernichtungswillen. Noch nach der Kapitulation Berlins spekulierten weite Teile der nationalsozialistischen Führungsschichten auf ein Bündnis der Wehrmacht mit den westlichen Alliierten gegen die kommunistische Sowjetunion. Erst die vom 7. bis 9. Mai wiederholte Unterzeichnung der „Bedin-

gungslosen Kapitulation“ auf der die Siegermächte bestanden, beendete den deutschen Durchhaltewillen.

„So viel Hitler war nie“, beginnt Norbert Frei sein jüngst erschienenes Buch „1945 und wir“ über das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Vergangenheit. Hitlers Frauen, Hitlers Generäle, Hitlers Helfer, Hitlers Untergang – der eigentlich Schuldige und seine Clique wurden und werden immer gern und schnell ausgemacht. Das ist übrigens mehr historische Parallele zum aktuellen Rechtsextremismus als die Arbeitslosenstatistik. Die Neonazis kommen immer woanders her, aus dem Osten, aus Sachsen oder wenigsten aus dem Nachbardorf. Wie sonst lassen sich die regelmäßig wiederkehrenden Aufrufe verstehen, man solle doch den rechten Demonstranten durch Zuziehen der Gardinen und Meiden der Innenstadt deutlich zeigen, dass für sie kein Platz im Ort ist. Beliebt sind danach auch Säuberungsaktionen vom „braunen Dreck“, was sowohl von fragwürdiger Symbolpolitik als auch von einem fragwürdigen Menschen- und Geschichtsbild zeugt.

Zum 60. Jahrestag der Befreiung werfen wir mit dem Artikel „Die Zukunft der Vergangenheit“ einen analytischen Blick auf das Gedenken. Der Text skizziert sechzig Jahre Erinnerungskultur in Ost- und Westdeutschland, in der Bonner und der Berliner Republik (Seiten 6 bis 8). Wir danken an dieser Stelle der Redaktion des Antifaschistischen INFOBLATTES herzlich für die Genehmigung des Vorabdruckes aus dem in Kürze erscheinenden Sonderheft.

Die „Mobile Opferberatung“ in Sachsen-Anhalt sieht sich in ihrer Arbeit mit den aktuellen Auswirkungen rechtsextremer Gewalt konfrontiert und steht parteiisch auf der Seite der Betroffenen, die oft genug keine Lobby haben. Im Interview (Seiten 4 und 5) gibt die Teamleiterin Heike Kleffner Einblick in die Arbeitsweise der Beratungsteams und stellt Wege und Möglichkeiten zur Diskussion, wie Rechtsextremismus entgegnet werden kann.

Sozial- und Arbeitsmarktpolitik gehören zwar zu diesen Wegen, allerdings ohne dass die Probleme dieser Bereiche als monokausale Erklärungen taugen, ob nun für das Erstarken einer rechten (Jugend)kultur oder das Entstehen von rechtsextremen Landtagsfraktionen. Der (unreflektierte) Ruf nach Arbeit ist eher Teil des Problems als dessen Lösung, wie Katja Kipping in ihrer Kolumne zum 1. Mai ausführt (Seite 3). Und die Dämonisierung und letztlich Bagatellisierung, setzt man die politischen Probleme 2005 mit dem Ende der Weimarer Republik gleich, wie dies mancherorts geschieht, taugt auch nicht als analytisches Instrument, wie Thomas Falkner feststellt (Seite 15).

Eine interessante Lektüre in diesem Mai wünscht Ihnen
Anke Lohmann

ZUM 1. MAI	100 TAGE HARTZ IV
Welche Zukunft hat die Arbeit? Seite 3	Unterm Pisa-Strich: 5 Milliarden minus Seite 12
INTERVIEW	Anhörung der PDS-Kreistagsfraktion . Seite 12
Die Mobile Opferberatung in Sachsen-Anhalt – Gespräch mit Heike Kleffner Seite 4	Zwischen Beratung und Protest . . . Seite 12
TITEL	Kein Licht am Ende des Tunnels . . . Seite 13
Die Zukunft der Vergangenheit Seite 6	Arbeitskreis gegen Sozialabbau . . . Seite 13
THEMEN	BILDUNG
Rezension. Karlchen oder Der verschlossene Tag Seite 9	Eine strategische Entscheidung für Sachsen-Anhalt Seite 14
Petitionsausschuss legt Jahresbericht vor Seite 9	KOLUMNE
Sind Tarifverträge Relikte der Vergangenheit? Seite 10	Strauchelt deutsche Demokratie? . . Seite 15
Die kommunalpolitische Leitlinien – Herausforderung für die gesamte Partei Seite 11	Impressum Seite 15
	KONFERENZ
	Der Opfer gedenken – die Täter benennen Seite 16

Welche Zukunft hat die Arbeit?

von Katja Kipping



An sich könnten wir in paradiesischen Umständen leben. Immerhin hat sich die Produktivität in den letzten 50 Jahren vervierfacht. Dieser Fortschritt könnte in Form von mehr Zeitwohlstand allen zum Vorteil gereichen. Alle könnten sich mehr Zeit nehmen für Freunde, Familie und all die interessanten Dinge, für die man ja eigentlich arbeitet.

Doch die Realität spricht eine andere Sprache. Bedingt durch den Akkumulationszwang führt die Entwicklung der Produktivität vor allem zur Freisetzung von Arbeitskraft, kurz zu Massenarbeitslosigkeit. So liegen inzwischen die offiziellen Erwerbslosenzahlen bei über fünf Millionen. Selbst die Bild-Zeitung sprach kürzlich von 8,5 Millionen. Andere Berechnungen gehen von bis zu zwölf Millionen Erwerbslosen aus. Tatsache ist, dass der Anteil derjenigen, die ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit bestreiten, beständig abnimmt. Laut Statistischem Bundesamt sank die Zahl der Erwerbstätigen in der BRD von 37.445 Millionen im Jahr 1991 auf 35.659 Millionen im Jahr 2004. Dies ergibt immerhin eine Differenz von 1.786 Millionen bei einer Zunahme der Gesamtbevölkerung im gleichen Zeitraum um 2.257 Millionen. In den ostdeutschen Ländern ist diese Entwicklung noch ausgeprägter zu beobachten. Verdienen beispielsweise in Sachsen 1991 noch 47,0 Prozent ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit, so waren es im Jahr 2004 nur noch 38,9 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Folgen dieser Entwicklung bekommt immer mehr die gesamte Gesellschaft zu spüren. Brüche in den Erwerbsbiographien treten immer häufiger auf. Zunehmend mehr reguläre Arbeitsverhältnisse werden in prekäre Jobs umgewandelt. So mancher flüchtet sich in Scheinselbstständigkeit und ist gezwungen bei den Beiträgen zur Krankenkasse zu sparen. Minilöhne führen zu Minirenten. Altersarmut ist so vorprogrammiert. Den Sozialsystemen wird die finanzielle Basis

entzogen. Die Massenarbeitslosigkeit hängt als Damoklesschwert über denen, die noch einen Arbeitsplatz haben und schwächt damit die Position der Gewerkschaften. Wer noch einen Arbeitsplatz hat, nimmt aus Angst vor dem Arbeitsplatzverlust zunehmend mehr Stress und Überstunden verbunden mit Lohnverzicht in Kauf.

Angesichts der negativen Folgen der Massenarbeitslosigkeit ist der Wunsch nach Vollbeschäftigung der alten Art auf den ersten Blick verständlich. Diese Illusion aber zum Programm zu machen, entspräche dem Verhalten der berühmten drei Affen, die nichts sehen und hören und deswegen auch nichts zu sagen haben.

Bei der Auflösung des Widerspruchs, der zwischen dem Wunsch nach Vollbeschäftigung der alten Art und der traurigen Realität eines nicht umkehrbaren Wandels der Arbeitswelt besteht, werden nur zu gern zwei Irrwege betreten. Die einen tapsen in die Falle der Technikfeindlichkeit und wettern gegen Maschinen. Dabei vergessen sie zu schnell, dass sich technischer Fortschritt nicht rückgängig machen lässt und dass dies auch nicht wünschenswert ist. Schließlich nehmen Maschinen uns Arbeit ab, die auf Grund ihrer Eintönigkeit besser von Maschinen als von denkenden Menschen erledigt wird. Der zweite Irrweg führt zu einem unreflektierten Ruf nach Arbeit, der schnell den Beigeschmack von Arbeit um jeden Preis hat und sei es um den Preis der Gesundheit, einer verschmutzten Umwelt bzw. von einem Euro die Stunde. Leider wird der verständliche Wunsch vieler, den Lebensunterhalt durch eigene Tätigkeit zu verdienen, nur zu gern zum Abbruch zivilisatorischer Errungenschaften missbraucht. Nicht umsonst versuchen Propagandainstitute wie die Initiative für neue soziale Marktwirtschaft Deutungsmuster à la „Sozial ist, was Arbeit schafft!“ zu verbreiten. (Als Deutsche wird mir dabei allemal unwohl.) Im Vorfeld des Jobgipfels beglückte die CDU die Menschheit mal wieder mit einer Reihe von Vorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Da war die Rede von Senkung der Unternehmenssteuer oder von der Aufweicheung des Kündigungsschutzes. All diese Griffe in die neoliberale Mottenkiste sollen dann als sozial gelten? Nein Danke! Sozial ist was Arbeit schafft – diese Logik konsequent weiter gedacht, hieße: auch Kinderarbeit sei sozial.

Insofern ist es nicht Aufgabe der PDS, unkritisch in den Chor „Arbeit muss her!“ einzustimmen. Stattdessen müssen wir auf drei Ebenen aktiv werden.

Erstens kommt es darauf an, Menschen, die ihren Lebensunterhalt mit Erwerbsarbeit verdienen wollen, dies auch vermehrt zu ermöglichen. Dazu gehört der öffentliche Beschäftigungssektor ausgebaut. Schließlich gibt es

jede Menge sinnvoller sozialer Tätigkeiten, die bisher nur niemand bezahlt. Weiterhin bedarf es Arbeitszeitverkürzungen, um die noch vorhandene Erwerbsarbeit gerechter zu verteilen. Wichtig ist ebenfalls, dass das eigene Können und Wollen mit der Stelle übereinstimmt. Nicht nur die Bezahlung einer Arbeit muss stimmen, sondern auch ihr Inhalt.

Zweitens muss garantiert werden, dass jedem Erwerbslosen Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht wird. Der einzelne darf einfach nicht dafür bestraft werden, dass Wirtschaft und Politik darin versagt haben, den Fortschritt zum Wohle aller zu nutzen. Dafür bedarf es mindestens einer sozialen Grundsicherung in Höhe von 750 Euro ohne erniedrigende Bedarfsprüfung, wobei eine solche Grundsicherung, langfristig zu einem bedingungslosen Grundeinkommen weiter entwickelt werden sollte.

Grundsicherung, Arbeitszeitverkürzung und ÖBS allein reichen allerdings nicht aus, um der Tiefe des Problems gerecht zu werden. Wir brauchen drittens ebenso einen grundlegenden Wandel des Bildungssystems. Der Soziologe Wolfgang Engler fordert vor diesem Hintergrund ein „Bildungssystem, das sich von seiner monokausalen Abhängigkeit vom Erwerbseben als einzig legitimer Existenzform des Menschen löst.“ (Wolfgang Engler in „Arbeitslosigkeit und Freiheit: Für immer unversöhnlich?“) Es komme zukünftig – so Engler – verstärkt darauf an, Menschen dazu zu befähigen, dem eigenen Leben Sinn und Bewandnis zu vermitteln, auch wenn der Absprung ins Berufsleben misslingt. Ein solches Bildungssystem, wie Engler es zu Recht einfordert, garantiert noch keine paradiesischen Zustände. Aber es erleichtert ein erfülltes Leben und befördert kritische Köpfe. Eine solche Gesellschaft wäre jedenfalls eher in der Lage, sich den technisch-ökonomischen Fortschritt anzueignen und zum Wohle aller zu nutzen.

Katja Kipping ist stellvertretende Parteivorsitzende der PDS und Mitglied des Landtages in Sachsen.

Liebe Leserinnen und Leser, an dieser Stelle einen herzlichen Dank für Ihr Interesse an unserem Magazin. Vielleicht lesen Sie ja mittlerweile den klartext regelmäßig? Der klartext wird gänzlich aus Spenden finanziert. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns in unserer ehrenamtlichen Arbeit durch eine Spende unterstützen würden.

Ihre Redaktion

PDS Sachsen-Anhalt
Spendenkonto 118 825 901
Deutsche Bank 24 · BLZ 810 700 24
Kennwort: klartext

klartext

Die Mobile Opferberatung in Sachsen-Anhalt

Unter dem Dach von Miteinander e.V. arbeitet seit Sommer 2001 die Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt. Sie unterstützt und berät unmittelbar von rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalt Betroffene, aber auch potentiell betroffene Gruppen (kulturelle und soziale Minderheiten). Die Mobile Beratung unterhält lokale Anlaufstellen in Magdeburg, Halle (Saale), Halberstadt und Salzwedel. Heike Kleffner ist die Projektleiterin.

Frau Kleffner, bitte erläutern Sie uns die Aufgaben und die Arbeitsweise der Mobilen Opferberatung in Sachsen-Anhalt.

Der Arbeitsauftrag unseres Projekts spiegelt sich schon im Namen wider: Wir unterstützen Menschen, die unmittelbar Opfer einer Gewalttat mit rechten, rassistischen oder antisemitischen Hintergrund geworden sind; aber auch Angehörige und Freunde von Betroffenen sowie Zeuginnen und Zeugen rechter Gewalttaten. Grundsätzlich ist unsere Arbeit kostenlos und parteilich für die Betroffenen; auf Wunsch beraten wir auch anonym. Das „mobil“ in unserem Projektnamen bedeutet, dass wir zumeist dahin kommen, wo die Betroffenen sich mit uns treffen wollen: z.B. in Jugendclubs, Flüchtlingsheimen oder Schulen. Darüber hinaus haben wir in den vier Anlaufstellen auch feste Sprechzeiten, zu denen ganz unterschiedliche Leute spontan vorbeikommen.

Ich denke, es ist wichtig, sich vor Augen zu führen, dass wir ein kleines Projekt mit fünf Teil- und Vollzeitberaterinnen und Beratern sind. Gleichzeitig versuchen wir überall dort Unterstützungsangebote zu machen, wo Menschen in Sachsen-Anhalt Opfer rechter Gewalt werden. Dafür sind wir dringend auf Partner angewiesen, die uns informieren, wenn es vor Ort eine rechte Gewalttat gegeben hat; die den Betroffenen oder auch potenziell Betroffenen Informationen über unser Unterstützungsangebot weitergeben und die gemeinsam mit uns aktiv werden, rechten Tätern Grenzen aufzuzeigen, indem die Opfer rechter Gewalt öffentlich und praktisch unterstützt werden. In Dessau arbeiten wir beispielsweise mit der Beratungsstelle für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten zusammen. Ohne die Zusammenarbeit mit vielen unterschiedlichen Initiativen, Gruppen und engagierten Einzelpersonen vor Ort könnten wir nicht effektiv arbeiten.

Zu unseren Aufgaben gehört es dann u.a., die Betroffenen über ihre Rechte und Möglichkeiten in einem Strafverfahren gegen den oder die Täter zu informieren, beispielsweise die Möglichkeit einer Nebenklage. Außerdem unterstützen wir bei der Suche nach erfahrenen Rechtsanwältinnen oder Therapeuten, begleiten Betroffene auf Wunsch zur Polizei und anderen Behörden. Wenn es zu einem Prozess gegen den oder die Täter kommt, bieten wir den Betroffenen an, sie ins Gericht zu begleiten und überlegen gemeinsam, welche Unterstützung im Gerichtssaal noch gewünscht und möglich ist.

Wie sieht das an einem konkreten Beispiel aus?

Wir unterstützen beispielsweise seit vier Jahren die Lebensgefährtin des von einem ex-Naziskinhead getöteten Helmut Sackers bei ihrer Suche nach Gerechtigkeit; konkret haben wir nach Absprache mit der Lebensgefährtin und den Angehörigen eine Prozessbegleitung organisiert und einen Spendenaufruf für die Prozesskosten der Nebenklage.

Welche Entwicklung hinsichtlich rechter Gewalttaten können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Opferberatung beobachten? Wer sind die hauptsächlichlichen Opfergruppen?

Wenn wir uns die Statistik für das Jahr 2004 angucken, dann gehören rechte und fremdenfeindliche Gewalt leider in vielen Regionen des Landes zum Alltag von Menschen, die auf Grund ihrer Hautfarbe oder ihres sozialen Status von rechten Schlägern als Feindbild verfolgt werden. Insgesamt 109 Angriffe mit rechtem oder rassistischem Hintergrund hat die Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt im vergangenen Jahr registriert. Damit ist die Zahl der bekannt gewordenen Angriffe mit rechter und rassistischer Motivation im Vergleich zum Vorjahr um über 30 Prozent gestiegen – eine Entwicklung, die wir für besorgniserregend halten. Zumal wir von einem hohen Dunkelfeld ausgehen müssen; d.h. viele Betroffene trauen sich beispielsweise aus Angst vor der Rache der Angreifer, aufgrund von Misstrauen gegenüber der Polizei oder aufgrund schlechter Vorerfahrungen nicht, einen rechten oder rassistischen Angriff bei der Polizei zur Anzeige zu bringen. Oder sie haben keinen Zugang zu Informationen über unser Angebot.

Dieser Anstieg um ein Drittel gegenüber dem Vorjahr spiegelt sich übrigens auch in den Zahlen des Magdeburger Innenministeriums zu politisch rechts motivierter Kriminalität in 2004 wider. Allerdings geht das Innenministerium von niedrigeren Gesamtzahlen aus als die Mobile Opferberatung; eine Differenz, die sich u.a. auch daraus erklärt, dass wir Fälle dokumentieren, in denen die Betroffenen einen rechten Angriff zwar öffentlich machen, aber keine Anzeige erstatten wollen.

Mit 27 Gewalttaten mit rechtem oder rassistischem Hintergrund fielen im übrigen die Stadt Dessau und Umgebung, gefolgt von der Harzregion mit 23 Angriffen und der Stadt Magdeburg mit zwölf bekannt gewordenen Angriffen mit fremdenfeindlicher und rechter Motivation im Jahr 2004 besonders auf.

Nach wie vor gehören nicht-rechte, alternative und linke Jugendliche sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerber, Migrantinnen und Migranten zu den Hauptbetroffenen. Die Mobile Opferberatung registrierte unter den

Betroffenen rechter Gewalt 99 nicht-rechte Jugendliche und junge Erwachsene sowie 44 Flüchtlinge und Migranten.

Welche Erklärungsansätze haben Sie für den Anstieg der Gewaltdelikte? Wer sind die Täter?

Ich denke, dass eine Reihe von Faktoren zu dem Anstieg der Gewaltdelikte geführt hat. Entscheidend ist u.a. das gesteigerte Selbstbewusstsein der extremen Rechten in Sachsen-Anhalt, das schon vor dem NPD-Wahlerfolg in Sachsen deutlich wurde – nämlich nach der vielerorts erfolgreichen Teilnahme neonazistischer militanter Kameradschaften und NPD-Kader an den Protesten gegen die Hartz IV-Reform im vergangenen Sommer. Dass beispielsweise die militante Kameradschaft „Festungsstadt“ in Magdeburg wochenlang an den Montagsdemonstrationen gegen Sozialabbau teilnehmen konnte, hat zum einen zu einem gesteigerten Selbstbewusstsein bei der Kameradschaft und vor allem bei ihrem Umfeld geführt; gleichzeitig hat sich die Magdeburger Kameradschaft damit auch regional und überregional als „Trendsetter“ profilieren können. Und dieses gesteigerte Selbstbewusstsein drückt sich dann eben auch konkret auf der Straße aus; im übrigen auch im Fall der Kameradschaft Festungsstadt: führende Aktivisten überfielen im Anschluss an die letzte Montagsdemonstration in Magdeburg am 1. November 2004 in der Innenstadt gezielt eine Gruppe von jungen Linken.

Auffällig ist, dass Angriffe auf Migranten und Asylsuchende überwiegend in alltäglichen Situationen und an alltäglichen Orten stattfinden, beispielsweise an Haltestellen, Bahnhöfen oder in öffentlichen Nahverkehrsmitteln. Die Täter handeln zumeist spontan und in Gruppen – sie agieren offen, selbstbewusst und fühlen sich offensichtlich legitimiert, ihre Fremdenfeindlichkeit mit Gewalt zum Ausdruck zu bringen. Im Gegensatz dazu gehen rechten Angriffen auf alternative oder als links geltende Jugendliche und junge Erwachsene oftmals genaue Planungen der Täter voraus, die in vielen Fällen dem Umfeld von Freien Kameradschaften zuzurechnen sind.

In welchem Zusammenhang damit sehen Sie die Stimmenzuwächse für rechte Parteien bei den Landtagswahlen im vergangenen Jahr, dabei besonders den Wahlerfolg der NPD?

Die Stimmenzuwächse bei den sächsischen Landtagswahlen haben meiner Ansicht nach ganz erheblich zu dem von uns registrierten Anstieg an rechten Gewalttaten mitgeführt. Auch das ist eine Frage des Selbstbewusst-

seins. Und dann hat dieses gesteigerte Selbstbewusstsein im Zusammenhang mit den Gedenkfeiern zum 60. Jahrestag der Befreiung dazu geführt, dass es der NPD und anderen Rechten gelungen ist, den öffentlichen Diskurs dazu zu beeinflussen und mitzuprägen; sowohl propagandistisch als auch auf der Straße, wie sich ja beim Neonazi aufmarsch am 16. Januar in Magdeburg gezeigt hat.

Sehen Sie in einer Verschärfung des Strafrechtes Chancen für ein Zurückdrängen rechter Gewalt?

Ich denke, dass eine Verschärfung des Strafrechts nicht notwendig ist, um effektiv gegen rechte Aktivitäten und rechte Gewalt vorzugehen. Da würde es durchaus ausreichen, wenn die vorhandenen Normen und Gesetze angewandt würden und der politische Hintergrund auch tatsächlich zur Kenntnis genommen würde von den Strafverfolgern. Es ist eben keine „übliche Schlägerei unter Jugendlichen“, wenn beispielsweise wie in Dessau im Februar vergangenen Jahres stadtbekannte Neonaziaktivisten gezielt und geplant, verummumt und mit Eisenstangen bewaffnet, alternative Jugendliche angreifen und verletzen. Das gleiche gilt auch für Angriffe wie in Wegeleben, wo im April vergangenen Jahres stadtbekannte Neonaziaktivisten aus Halberstadt und Umgebung zur Jagd auf einen Punker losfahren, den Betroffenen und zwei weitere Personen über ein Feld verfolgten, anführten und dann auf den am Boden liegenden Punk einschlugen mit Sprüchen wie „Schlagt das Schwein tot“. Es gibt eine bundeseinheitliche Regelung zur Registrierung deraartiger Angriffe, die nämlich explizit darauf verweist, dass beispielsweise Angriffe gegen Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Herkunft, sexuellen Orientierung, ihrem politischen Engagement oder ihres erkennbar nicht-rechten und alternativen Outfits, aber auch ihres sozialen Status als „politisch rechts motiviert“ registriert werden sollen. Und natürlich ist es laut Strafgesetzbuch u.a. strafverschärfend zu werten, wenn eine Gewalttat geplant und nicht spontan verübt wurde, oder mit Springerstiefeln gegen Köpfe getreten oder ein Brandsatz auf ein Gebäude geworfen wird, in dem sich Menschen aufhalten. Da braucht es keine neuen Gesetze, sondern lediglich eine konsequente Anwendung der entsprechenden Normen. Im Übrigen zeigt die Erfahrung aus den 1990ern, dass staatliche Verbote neonazistischer Vereine und Verschärfungen des Strafrechts keineswegs zu einem Ende extrem rechter Mobilisierungen und Aktivitäten, sondern lediglich zu einer Modernisierung der extremen Rechten geführt haben. Rechtsextremismus lässt sich nicht alleine durch Gesetze und das Strafrecht effektiv entgegen treten; entscheidend ist die Zivilcourage im Alltag – für eine gleichberechtigte Gesellschaft einzutreten, in der beispielsweise

„Braune Musik und tödliche Notwehr“

Am 29. April 2000 rief Helmut Sackers aus Halberstadt die Polizei um sich über die laute Nazimusic aus der Wohnung seines Nachbarn, eines rechten Skinheads, zu beschweren. Eine Stunde später war er tot, verblutet an vier Messerstichen im Treppenhaus des Plattenbaus, in dem er mit seiner Lebensgefährtin wohnte. Diese trat im Verfahren gegen Sackers' Mörder als Nebenklägerin auf, denn „ganz umsonst“ soll sein Tod nicht gewesen sein. Er tat das, „wovon alle immer sprechen“, er handelte mit Zivilcourage und schritt gegen rechte Umtriebe ein. Dafür musste er mit dem Leben bezahlen. Nun sprach das Landgericht Halle im Revisionsverfahren den Täter mit der Begründung eines „Notwehrexzesses“ erneut frei. Zur Unterstützung der Angehörigen, die die Prozesskosten selbst tragen müssen, bitten wir Sie um Spenden. Diese richten Sie bitte an:

**Miteinander e.V., Konto-Nr.: 53 53 53
Kennwort: „Opferfonds/Revision Halberstadt“, Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg, BLZ 810 205 00**

Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten tatsächlich gleiche Rechte haben. Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus als Einstellungen sind im übrigen auch einfach zu sehr in der Mitte der Gesellschaft verhaftet, als dass sie mit Verboten alleine wirkungsvoll bekämpft werden könnten.

Die Mobile Opferberatung kombiniert die konkrete Hilfestellung für Opfer rechter Gewalt mit Hintergrundveranstaltungen zu Entwicklungen der extremen Rechten. Wie wird dieses Angebot angenommen? Welche Eindrücke haben Sie in den Veranstaltungen gewonnen?

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass sowohl die Workshops für Multiplikatoren und Ehrenamtliche als auch die öffentlichen Abendveranstaltungen, in denen wir Informationen u.a. über rechten Lifestyle, rechte Ideologien und Musik in Bezug auf die jeweilige Region, aber auch darüber hinaus vermitteln, sehr gut ankommen. Das Thema ist einfach akut und es gibt einen großen Bedarf an aktuellen Informationen.

Weil das Interesse im vergangenen Jahr an der „Infotour gegen Rechts – Mobile Opferberatung“ vor Ort so groß war, haben wir uns entschieden, diese Reihe an Workshops und Veranstaltungen in diesem Jahr fortzuführen unter dem Motto: „Was tun gegen Rechts?!“ Die diesjährige Infotour startet am 20. April in Wernigerode in der Hochschule Harz mit einem Workshop für Multiplikatoren und Ehrenamtliche zu den Schwerpunkten „Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt“ sowie „Handlungsmöglichkeiten in Schulen und Jugendeinrichtungen, die mit rechten Jugendlichen und jungen Erwachsenen konfrontiert

sind“. Am Abend findet eine öffentliche Informationsveranstaltung mit einem Referenten des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums e.V. unter dem Motto „RechtsRock – Begleitmusik zu Mord und Totschlag“ zu rechter Musik und rechtsextremem Lifestyle statt. Darüber hinaus kommen wir auf Anfrage auch gerne überallhin, um unsere Arbeit vorzustellen und aktuelle Informationen zur Entwicklung des Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt zu geben. Außerdem veröffentlichen wir alle drei Monate unseren Newsletter „Informationen“, den man per e-mail oder als Printausgabe abonnieren kann.

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz hat das Projekt „Infotour gegen Rechts“ der Mobilen Opferberatung im Februar mit einem Demokratiepreis ausgezeichnet. In der Laudatio wurde u.a. darauf aufmerksam gemacht, dass ein solcher Preis den Ausgezeichneten vor Ort hilft, Anerkennung für die geleistete Arbeit zu finden. Warum ist diese Lobbyarbeit für Vereine, wie die Opferberatung, überhaupt notwendig?

Wir machen schon manchmal die Erfahrung, dass man die Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt und eben auch uns als Mobile Opferberatung verantwortlich macht für beispielsweise ein sich verschlechterndes Image der jeweiligen Stadt oder Kommune, in der ein Angriff stattgefunden hat. Das ist natürlich absurd, denn damit werden die rechten Täterinnen und Täter entlastet.

Wie sieht die Situation für solche Beratungsstellen bundesweit aus? Gibt es eine Zusammenarbeit?

Es gibt eine enge Zusammenarbeit mit den Beratungsprojekten für Opfer rechter Gewalttaten in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen, die ebenso wie wir durch das Modellprogramm „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus“ gefördert werden. Diese Zusammenarbeit umfasst u.a. eine gemeinsame Qualitätsentwicklung, Fortbildungen und halbjährlich gemeinsame statistische Erhebungen.

Ist die Arbeit der Mobilen Opferberatung langfristig gesichert?

(Gelächter.) Nein, denn das Modellprogramm der Bundesregierung läuft im Jahr 2006 aus und schon ab Januar 2006 müssen wir eine Ko-Finanzierung von 50 Prozent vorweisen. Wir bemühen uns natürlich sehr, uns davon nicht entmutigen zu lassen.

Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt, c/o Miteinander e.V.

Erich-Weinert-Str. 30, 39104 Magdeburg

Tel.: 0391/544 67 10

Mail: opferberatung.md@miteinander-ev.de

Web: www.mobile-opferberatung.de

Die Zukunft der Vergangenheit

Rückblicke und Ausblicke auf deutsche Erinnerungspolitik
von Redaktion Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

„Es ist geschehen, folglich kann es wieder geschehen.“ Mit diesen Worten bilanzierte der italienische Schriftsteller Primo Levi seine lebenslange Auseinandersetzung mit der Erfahrung von Auschwitz und Buchenwald. Am Ende war die Verzweiflung und die Scham darüber, das „präzedenzlose Verbrechen Auschwitz“ (Yehuda Bauer) überlebt zu haben, stärker. Im Frühjahr 1987 nahm sich Primo Levi das Leben. Über Jahrzehnte setzte sich Levi für eine Kultur der Anerkennung gegenüber den Opfern ein. Doch letztlich überwog sein Pessimismus. War es nach der Befreiung die Angst gewesen, niemand würde ihm seine Erlebnisse in Auschwitz glauben, so fürchtete Levi, das Verdrängen des Grauens in Form der Instrumentalisierung und Trivialisierung der Shoah könnten am Ende obsiegen. Die heutigen Erinnerungskulturen müssen sich befragen lassen, ob sie dem Anspruch gerecht werden, ein Bewusstsein von der Dimension des Grauens zu schaffen, das gegen einen erneuten Aufbruch in die Barbarei zu immunisieren vermag.

In absehbarer Zeit wird es keine lebenden Zeugen der Shoah mehr geben. Umso so

ehemaligen KZ-Häftlinge ihr antifaschistisches Selbstverständnis zur Staatsräson. Die Meistererzählung der DDR-Vergangenheitspolitik bestand darin, dass die Deutschen als verführtes Kollektiv erschienen. Die Frage nach der Verantwortung der unversehens auf die Siegerseite der Geschichte geratenen Bevölkerung stellte sich kaum. Sie wurde auf Westdeutschland und die dortigen Kontinuitäten mit dem NS-Staat projiziert. Schon im Exil hatte die Moskauer KPD-Führung um Walter Ulbricht sich gegen die Auffassung einiger KPD-Westemigranten gewandt, die von der Unterstützung des NS-Systems durch die Mehrheit der Deutschen, auch der Arbeiterklasse, ausgingen. Das noch im Exil skizzierte Ansinnen Paul Merkers, jüdische Überlebende des nationalsozialistischen Verfolgung zu entschädigen und ihr arisiertes Eigentum zurückzugeben, bezahlte dieser mit seiner Entmachtung und einem antisemitischen Motiven folgenden Schauprozess.

Heroischer Antifaschismus

Seit Ende der 1940er Jahre schlug die Partei wieder nationale Töne an. In der Kulturpolitik

in führenden Positionen entsprachen den Fakten, waren jedoch Teil des ideologischen Kampfes und klammerten ehemalige Nazis in der DDR aus. Während hohe NS-Funktionsträger und Kriegsverbrecher verurteilt wurden oder in den Westen gingen, suchte man die Mitläufer in der NDPD zu integrieren. Zentraler Bezugspunkt der DDR-Gedenkstättenpolitik war und blieb der kommunistische, eingeschränkt auch der sozialdemokratische Widerstand. Im Mittelpunkt antifaschistischer Gesellschaftspolitik stand, von Straßen- und Schulnamen bis zur wissenschaftlichen Literatur, der aktive Kämpfer gegen den Faschismus. In diesem Konzept eines heroischen Antifaschismus hatten unpolitische Opfer der NS-Diktatur wenig Platz. Der Antisemitismus und die Vernichtung der Juden waren keine zentralen Themen vergangenheitspolitischer Diskurse. Diese Sichtweise wurde erst spät relativiert, als Ende der 1980er Jahre in der DDR Dokumentationen zur Geschichte des Shoah erschienen.

„Vergangenheit die nicht vergeht“ – Erinnerungspolitik in der „alten“ Bundesrepublik

Im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik spielten die beispiellosen nationalsozialistischen Verbrechen weder im öffentlichen Bewusstsein, noch in der Publizistik oder der Geschichtswissenschaft eine nennenswerte Rolle. Konstatiert wurde ein deutscher Irrweg in die Moderne, der die deutsche Bevölkerung anfällig für die „Dämonie“ Hitlers gemacht habe. Diese Sichtweise stützte die in der deutschen Gesellschaft verbreitete Auffassung, die Verbrechen des Nationalsozialismus seien im Wesentlichen das Werk Hitlers und einer kleinen Clique fanatischer Überzeugungstäter gewesen.

Derartige exkulpierende Geschichtsdeutungen fanden ihre Entsprechung auf administrativer und juristischer Ebene in einer „Vergangenheitspolitik“, die darauf zielte, möglichst bald einen Schlussstrich unter die Bewältigung der NS-Zeit ziehen zu können. So kamen die von den alliierten Besatzungsmächten in Angriff genommenen Entnazifizierungsmaßnahmen bereits am Ende der 1940er Jahre praktisch zum Erliegen, nachdem die Verantwortung hierfür weitgehend in deutsche Hände gelangt war. Ähnlich verhielt es sich mit der juristischen Ahndung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Tausende von nationalsozialistischen Funktionsträgern aus den mittleren und gehobenen Verwaltungsebenen gelangten wieder in Beamten- und Angestelltenpositionen des Öffentlichen Dienstes der Bundesrepublik.

Wesentlich schleppender hingegen verlief die Politik der „Wiedergutmachung“ gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus. Die Prozeduren, denen sich zahlreiche NS-Opfer



Jüdischer Friedhof in Krakow

dringlicher stellt sich die Frage nach der Zukunft der Vergangenheit und wer sie zu bestimmen vermag. Was in Deutschland als „Bewältigung der Vergangenheit“ galt und gilt, sagt mehr über das Land der Täter und seine Mentalität als alle Gedenktagsreden zusammengenommen. So unterschiedlich die Voraussetzungen für die Auseinandersetzung in beiden deutschen Staaten auch waren, so gab es doch augenfällige blinde Flecken.

Postfaschistische Geschichtsteleologie – Erinnerungspolitik in der DDR

In der DDR erklärten die den Staat repräsentierenden kommunistischen Emigranten und

verfolgten die SED-Dogmatiker um Wilhelm Girmus alles, was ihnen „westlich-dekadent“, „kosmopolitisch“ und „formalistisch“ erschien. Stattdessen gedachte man die deutsche Klassik und Teile der politischen Romantik ideologisch für den Aufbau des Sozialismus in Dienst zu nehmen. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit speiste sich in der DDR ohne Zweifel aus einer grundsätzlichen antifaschistischen Motivation ihrer handelnden Akteure. Doch pragmatisch-politische Erwägungen spielten im Kontext des Kalten Krieges eine erhebliche Rolle. Die Propagandakampagnen des SED-Chefideologen Albert Norden gegen westdeutsche Ex-Nazis

unterziehen mussten, um ihre Ansprüche tatsächlich geltend machen zu können, wurden von den Betroffenen – zu Recht – als demütigend empfunden. Zudem schloss das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) zahlreiche Opfergruppen, wie etwa ZwangsarbeiterInnen, sogenannte „Asoziale“ und Euthanasieopfer von Entschädigungszahlungen über Jahrzehnte hinweg aus. Das Luxemburger Abkommen, das u.a. dem Staat Israel eine Globalentschädigung von drei Milliarden DM zusicherte, konnte am 18. März 1953 im Bundestag nur mit den Stimmen der oppositionellen SPD-Fraktion verabschiedet werden. (...)

Von der „Rückkehr der NS-Vergangenheit“ zur „zweiten Verdrängung“

Angesichts dieser Entwicklungen im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik erscheint es im Rückblick umso erstaunlicher, dass der vielfach herbeigesehnte Schlussstrich unter die NS-Zeit ausblieb. Die 1960er Jahre waren vielmehr von einer „Rückkehr der NS-Vergangenheit“ gekennzeichnet. Bereits der „Ulmer Einsatzgruppenprozess“ 1957/58, in dem sich ehemalige Angehörige der Einsatzgruppe A für ihre tausendfachen Mordaktionen im Baltikum verantworten mussten, stieß auf ein vergleichsweise großes mediales Interesse. Der Prozess gegen Adolf Eichmann vor dem Jerusalemer Bezirksgericht (1961) sowie der Frankfurter „Auschwitzprozess“ (1963–1965), in dem gegen 22 ehemalige Angehörige des Lagerpersonals verhandelt wurde, verdeutlichten den organisatorischen Aufwand und die Präzision, mit der der Massenmord an den europäischen Juden betrieben worden war. Die Metapher „Auschwitz“ avancierte zum Synonym für das Menschheitsverbrechen schlechthin.

In diesem Kontext rief die Tatsache Proteste hervor, dass unzählige vormalige NS-Funktionäre in der Politik, in der Verwaltung und in den Medien der Bundesrepublik wieder über einflussreiche Positionen verfügten. Die prominentesten Altnazis auf politischer Ebene waren Hans Globke, Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt unter Konrad Adenauer, der an der Ausarbeitung der „Nürnberger Rassegesetze“ beteiligt gewesen war; Vertriebenenminister Theodor Oberländer und Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger (CDU). Neben Intellektuellen wie Karl Jaspers, Hannah Arendt oder Theodor W. Adorno, die schon während der 1950er Jahre eine konsequente Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit gefordert hatten, waren es nun vor allem jüngere Journalisten und Schriftsteller, wie etwa Erich Kuby oder Peter Weiss, die „Auschwitz“ thematisierten. Darüber hinaus war es nicht zuletzt die seit Mitte der 1960er Jahre entstehende Studentenbewegung, die die personellen Kontinuitäten zwischen „Drittem Reich“ und Bundesrepublik skandalisierte.

Dennoch erwachsen aus dieser Kritik an den Formen der Geschichts- und Vergangenheitspolitik in der Folgezeit nur in bedingtem Maße Erinnerungskulturen, die das Erleben und die Erfahrungen der Opfer der Shoah in den Mittelpunkt rückten. Vielmehr lassen sich die 1970er Jahre in mehrfacher Hinsicht als Phase einer „zweiten Verdrängung“² der NS-Vergangenheit beschreiben. Zwar setzte besonders in den verschiedenen linken und linksradikalen Strömungen eine intensive Beschäftigung mit Faschismustheorien ein. Kennzeichnend für diese Theorien war jedoch ein ökonomistischer Reduktionismus, der Faschismus lediglich als radikale Ausprägung des Kapitalismus definierte und die Bedeutung des Antisemitismus v.a. für den deutschen Nationalsozialismus fast vollständig ausklammerte.

Zu bemerken war in diesem Zusammenhang eine regelrechte Inflationierung des Faschismusbegriffs, der nun vollkommen unreflektiert in der Analyse aller möglichen Erscheinungen des politischen Zeitgeschehens angewendet wurde und etwa in der beliebten Demoparole „USA – SA – SS“ zum Ausdruck kam. Als Hort des Faschismus galt vielen Linken nicht zuletzt der Staat Israel, dessen Politik unverhohlen mit der des NS-Regimes gleichgesetzt wurde. Die Tatsache, dass in Israel zahlreiche Überlebende der Shoah Zuflucht und eine neue Existenz gefunden hatten, interessierte die deutsche Linke kaum.

Bei bürgerlichen Historikern, die sich schwerpunktmäßig mit der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigten, war eine bemerkenswerte Ignoranz gegenüber den Opfern des Holocaust zu beobachten. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses standen vor allem die organisatorischen Strukturen des Nationalsozialismus. Die konkreten Handlungsweisen der „Täter, Opfer und Zuschauer“ (Raul Hilberg) gerieten dabei nicht ins Blickfeld.

Seit dem Ende der 1970er Jahre rückte die Shoah allmählich stärker in das öffentliche Bewusstsein. Einer der Gründe hierfür war die Fernsehserie „Holocaust“, die in vier Folgen das Schicksal der (fiktiven) deutsch-jüdischen Familie Weiss erzählt. Die Serie erzielte im Januar 1979 beachtliche Einschaltquoten und löste knapp 35 Jahre nach dem Zusammenbruch des NS-Staates die bis dahin wohl umfangreichsten Debatten über die Beteiligung der „ganz normalen“ Deutschen an den nationalsozialistischen Verbrechen aus. (...)

Auf dem Weg zur „Normalisierung“?

Die von Bundeskanzler Kohl nach dem Regierungsantritt der schwarz-gelben Koalition (1982) angekündigte „geistig-moralische Wende“ sollte ihren Ausdruck auch in einem „normalisierten“ Umgang mit der NS-Vergangenheit finden. Die Geschichtspolitik der Regierung Kohl während der 1980er Jahre bezweckte, so resümiert der Freiburger Histo-

riker Ulrich Herbert, „die durch Nationalsozialismus, Krieg und Niederlage verschuldete Sondersituation Deutschlands nunmehr auszugleichen und damit zur inneren Integration der westdeutschen Gesellschaft beizutragen.“³ So reklamierte Helmut Kohl ganz in diesem Sinne anlässlich seines Israel-Besuchs im Jahr 1984 für sich und den überwiegenden Teil der Deutschen die „Gnade der späten Geburt“. Im Mai 1985 löste Kohls Drängen auf „Normalisierung“ einen handfesten geschichtspolitischen Skandal aus. Zum 40. Jahrestag des Kriegsendes und anlässlich eines Staatsbesuchs von US-Präsident Ronald Reagan verlangte die Bundesregierung von den USA eine „über die Gräber hinweg eine Geste für Frieden und Versöhnung zu finden“. Mit einem Besuch auf dem deutsch-amerikanischen Soldatenfriedhof im rheinland-pfälzischen Bitburg sollten Reagan und Kohl einen in die Zukunft weisenden Schulterschluss demonstrieren. Als bekannt wurde, dass auf dem Friedhof auch Angehörige der Waffen-SS begraben seien, wuchs vor allem in den USA der Druck auf Reagan, seine Teilnahme an der Zeremonie abzusagen. Doch Kohl beharrte auf der Veranstaltung und machte gegenüber den US-Medien deutlich, dass eine Absage des Bitburg-Besuchs „die Gefühle unseres Volkes tief verletzen würde“⁴. In den geschichtspolitischen Debatten im Kontext des 8. Mai 1985 im Allgemeinen sowie der Bitburg-Affäre im Besonderen waren geschichtsrevisionsistische und tendenziell antisemitische Töne kaum zu überhören. Während Politiker mit Blick auf die in Bitburg begrabenen Soldaten der Waffen-SS forderten, keine „Selektion von Toten“ vorzunehmen, schwadronierten auflagenstarke Boulevardmedien, wie etwa die Zeitschrift Quick, über die „sagenhafte jüdische Lobby“, die 40 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus immer noch „deutsche Wunden“ aufreißt.⁵

Die Tendenz, die NS-Vergangenheit zu „entkonkretisieren“ (Sabine Moller) und letztendlich zu historisieren, kam auch im „Historikerstreit“ 1986/1987 zum Ausdruck. Auslöser der über die Medien ausgetragenen Kontroverse war der Historiker Ernst Nolte, der die (rhetorische) Frage aufwarf, ob nicht „der ‚Klassenmord‘ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmordes‘ der Nationalsozialisten“ gewesen sei. Nolte bezeichnete die Shoah als „asiatische Tat“ und knüpfte daran (wiederum in eine rhetorische Frage gekleidete) Behauptung, der Archipel Gulag sei „ursprünglicher“ als Auschwitz gewesen. Demnach stellte die nationalsozialistische Vernichtungspolitik eine Reaktion auf die Verbrechen des Bolschewismus während der Epoche des „europäischen Bürgerkrieges“ dar.⁶ Die Thesen Noltens wurden von einer Reihe konservativer Historiker und Publizisten aufgegriffen, riefen aber auch massiven Widerspruch hervor, so dass sich Nolte mit seinen Auffassungen im

öffentlichen Diskurs zunächst nicht durchsetzen konnte.
(...)

Erinnerungspolitischer Gezeitenwechsel – Versuch eines Ausblicks

60 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus zeichnet sich, nicht nur in der Bundesrepublik, ein einschneidender „erinnerungspolitischer Gezeitenwechsel“ (Norbert Frei) ab. Ganz allgemein sind in diesem Zusammenhang drei Entwicklungslinien festzustellen. Erstens beginnt sich die Erinnerung an die Shoah und die Zeit des Nationalsozialismus von ihren eigentlichen Trägern zu lösen. Mit dem allmählichen Verschwinden der Zeitzeugen vollzieht sich ein Wechsel vom „kommunikativen“ zum „kulturellen“ Gedächtnis, mit der Konsequenz, dass die „Erinnerung an den Holocaust [...] fortan vermittelt werden“ muss und dabei „ausschließlich auf Repräsentation angewiesen“ ist.⁷

Zweitens sind seit einigen Jahren Tendenzen zu eine „Europäisierung“ der Shoah zu bemerken. Im Zuge des europäischen Einigungsprozess fungiert die Metapher „Auschwitz“ als (negativer) Gründungsmythos eines sich gleichermaßen demokratisch wie wehrhaft begreifenden Europa. In der Abschlusserklärung des „Stockholm International Forum on the Holocaust“ im Januar 2000 bezeichneten die Vertreter der teilnehmenden EU-Staaten die Erfahrung der Shoah als eine der zentralen Legitimationsgrundlagen einer gemeinsamen künftigen Interventionspolitik in Krisen- und Konfliktregionen. Drittens lässt sich nicht nur von einer „Europäisierung“, sondern auch von einer „Globalisierung“ der Shoah-Erinnerung sprechen. Vermittelt durch die grenzüberschreitende Medialisierung der Welt, ist der Begriff „Holocaust“ im globalen Rahmen zum Synonym für das Menschheitsverbrechen schlechthin avanciert. Die jüdischen Opfer der Shoah fungieren nunmehr oftmals als Bezugspunkte und Kronzeugen für soziale oder ethnische Gruppen, die sich in der Gegenwart mit Verfolgung und Diskriminierung konfrontiert sehen.

Die Feststellung, dass die Shoah Eingang in ein entstehendes „globales Gedächtnis“ gefunden hat, ist zunächst positiv zu bewerten. Auch gegen eine vor allem von den USA ausgehende Menschenrechtserziehung, die sich die Shoah zum Bezugspunkt ihrer Pädagogik wählt, dürfte wenig einzuwenden sein. Im Hinblick auf die Intentionen rot-grüner Geschichtspolitik sowie die aktuellen erinnerungspolitischen Diskurse in Deutschland, erweisen sich die geschilderten Entwicklungen jedoch als hoch problematisch. Bereits in seiner Regierungserklärung im November 1998 machte Bundeskanzler Schröder deutlich, dass sich mit dem Machtwechsel auch „ein Generationswechsel im Leben unserer Nation vollzogen“ habe. Er reklamierte für die Bundesrepublik „das Bewusstsein einer

erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muss, die sich der Geschichte und ihrer Verantwortung stellt, aber bei aller Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen, doch nach vorne blickt.“⁸

Geschichts- und Außenpolitik unter rot-grüner Hegemonie sind eng miteinander verkoppelt. Eine Verbindung, die sich in besonders deutlich zeigte, als es im Frühjahr 1999 darum ging den von deutscher Seite maßgeblich forcierten Kosovokrieg der NATO mit dem Hinweis zu legitimieren, im Kosovo drohe ein zweites „Auschwitz“. Die bereits erwähnten Tendenzen zu einer „Europäisierung“ der Shoah-Erinnerung kommen dem kühl berechnenden Pragmatismus der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik entgegen. „Auschwitz“ ließe sich einfügen in die von deutscher Seite vorangetriebenen Versuche, einen europäischen Machtblock nicht nur diplomatisch, militärisch und ökonomisch, sondern auch erinnerungspolitisch zu fundieren. Die Shoah würde somit eine Facette innerhalb eines negativen europäischen Gründungsmythos darstellen, der die unterschiedlichen Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts bündelt und letztendlich als eine Geschichte kollektiv erfahrenen Leids interpretiert.

Den großen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit wird es auch nach 60 Jahren nicht geben. Wohl aber dürfte das Gedenkjahr 2005 eine Zäsur darstellen. In ihren Bemühungen, den Umgang mit der NS-Vergangenheit zu „normalisieren“, haben sich die geschichts- und erinnerungspolitischen Vorstöße der rot-grünen Regierung schon jetzt als wesentlich erfolgreicher erwiesen als die vergleichsweise plumpen Initiativen der Kohl-Ära.

Allerdings könnte ein Regierungswechsel 2006 auch zu einer Neupositionierung der Geschichtspolitik führen. Die im Namen der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag eingebrachten Anträge zur „Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland“ lassen erkennen, wohin die Entwicklung gehen soll. Künftige Erinnerungskulturen dürften demnach gekennzeichnet sein durch eine „Entdifferenzierung des Gedenkens“⁹ unter totalitarismustheoretischem Vorzeichen. Die Erkenntnisse über die Ursachen, die Kausalitäten, die vollkommen unterschiedlichen Dimensionen der Verbrechen, letztendlich auch über die Präzedenzlosigkeit der Shoah, werden, so steht zu befürchten, im Gerede von der „doppelten Diktatur“ verloren gehen.

¹ Vgl. Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

² Vgl. Ulrich Herbert, *Vernichtungspolitik. Neue Antworten und Fragen zur Geschichte des „Holocaust“*, in: Ders. (Hg.), *Nationalso-*

zialistische Vernichtungspolitik 1939–1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt/M. 1998, S. 9–66, hier S. 19.

³ Vgl. Ulrich Herbert, *Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche, biographische Aspekte*, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945*, München 2003, S. 94–113, hier S. 95.

⁴ Zitiert nach: Peter Reichel, *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit*, Frankfurt/M. 1999, S. 240.

⁵ Zitiert nach: Ebenda.

⁶ Vgl. Ernst Nolte, *Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte*, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 39–47, hier S. 45.

⁷ Vgl. Viola Georgi, *Entlehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland*, Hamburg 2003, S. 13.

⁸ Zitiert nach: Cornelia Siebeck, *Inszenierung von Geschichte in der „Berliner Republik“*. Der Umgang mit dem historisch-symbolischen Raum zwischen Reichstagsgebäude und Schlossplatz nach 1989, in: *WerkstattGeschichte* 33 (2002), S. 45–58, hier S. 50.

⁹ Vgl. Norbert Frei, *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen*, München 2005, S. 18.



Vorabdruck aus Antifaschistisches INFO-BLATT: „Vergessen, Verdrängen, Verschweigen, Vereinnahmen. Erinnerungskultur in Deutschland“, Sonderausgabe zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus.

Wir danken der Redaktion des AIB für die freundliche Genehmigung.

Rezension

„Karlchen oder Der verschlossene Tag“

Eine beeindruckende Familientragödie über die Alltäglichkeit der Euthanasie

Mit diesem Buch legt der Wittenberger Autor Klaus Krupa kurz vor dem 60. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus eine einfühlsame und beeindruckende Geschichte vor, in der über die Alltäglichkeit der Euthanasie und über die späte Auseinandersetzung einer einzelnen Person, die direkt in ihrer Familie damit konfrontiert worden ist, berichtet wird. Es geht darin um Schuld und Verantwortung und darum, wie man sich nach Jahrzehnten mit der Enkel- und Urenkelgeneration damit auseinandersetzt. Der schwer behinderte Karl Hackebusch wird im April 1944 von den Nazis von zu Hause abgeholt und nach Bernburg in das Vernichtungslager gebracht und dort vergast. Bis zu dem Zeitpunkt hatten die Nazis den Autisten unbehelligt gelassen. Warum war das Geschehene eingetreten? Sein Bruder Erich hatte sich bei einem von der NSDAP-Kreisleitung ausgeschriebenen Zeichenwettbewerb mit den Bildern seines Bruders beworben, da er unbedingt den Preis einheimsen wollte. Ein Naziführer war von den Kunstwerken so begeistert, dass er ohne lange zu zögern, Erich als Preisträger vorschlug. Der Schwindel flog auf, als eine Mädchenstimme aus der Runde der Versammelten rief: „Das hat der doch gar nicht gezeichnet. Das sind doch die Bilder von seinem dummen Bruder Karl-

chen!“. Wenige Tage später holten die Nazis Karl von zu Hause ab. Fast sechs Jahrzehnte später wird der Rentner Erich auf seinem Hof in Thüringen mit dieser Vergangenheit konfrontiert. Eine junge Frau fragt nach, ob hier auf dem Hof mal ein Karl Hackebusch gelebt hätte. Erich blockt ab. Die junge Frau war im Zusammenhang mit dem Briefwechsel zweier Mediziner aus dem Jahr 1944, von denen einer ihr Vater war, auf den Namen gestoßen. In dem Brief hieß es: „Ich schicke ihnen einen interessanten Kopf.“ Angehängt war der Name Karl Friedrich Hackebusch und dass die Akte mit der Krankengeschichte und der Todesursache nachgereicht werden würde. Enkel Gerald, der bei seinen Großeltern zu Besuch ist, findet auf dem Dachboden Zeichnungen Karls, nimmt sie mit in seinen Studienort und dort fallen sie einer so genannten Gruppe Kunstliebhaber in die Hände, die ein Geschäft wittert...

Auf spannende und trotzdem sehr einfühlsam beschriebene Art und Weise werden von Krupa die Vertreter der unterschiedlichen Generationen mit der Geschichte konfrontiert und mit den Folgen persönlichen Handelns. Es ist eine tragische Familiengeschichte aus der Zeit des Faschismus, wie sie besser fast nicht beschrieben werden kann.

Klaus Krupa: „Karlchen oder Der verschlossene Tag“, Projekte-Verlag Halle, ISBN 3-937027-95-5, 10,80 Euro

Petitionsausschuss des Landtages legt Jahresbericht 2004 vor

von Barbara Knöfler

Der Petitionsausschuss des Landtages ist das Gremien, an welches sich Bürger mit ihren konkreten Sorgen und Nöten wenden können. Petitionen sind Beschwerden rund um die Behörden. Zuständig ist der Ausschuss im Landtag für Behörden im Allgemeinen, nicht für Landesbehörden. In 22 Sitzungen des Ausschusses wurden 806 Petitionen bearbeitet, davon 703 abschließend, also 195 mehr als eingegangen. Das resultiert zum einen aus Mehrfachnennungen und zum anderen aus Überhängen des vorangegangenen Berichtszeitraumes. Positiv wurden 90 Petitionen beschieden, d.h. dem Bürgeranliegen konnte in vollem Umfang entsprochen werden. In den Sachgebieten „Medien“ und „Inneres“ erreichten den Ausschuss 150 und im Sachgebiet „Justiz“ 111 Petitionen, damit bildeten diese die Arbeitsschwerpunkte. Durch drei Massen- und 31 Sammelpetitionen wandten sich zirka 8.100 Menschen an den Petitionsausschuss.

Außerdem gab es 124 Eingaben. Diese sind im Unterschied zu Petitionen lediglich Mei-

nungsäußerungen von Bürgerinnen und Bürgern.

Im Ausschuss arbeiten parteiübergreifend 13 Abgeordnete. Die Themenvielfalt ist beachtlich. Es ging unter anderem um Schulschließungen, den Bau von Kläranlagen, Steuerbescheide, Asylersuchen, Familienzusammenführungen, Schweinemastanlagen, Wndräder, Erwerbsunfähigkeitsrenten, Bußgeldbescheide, Behördenparkplätze und vieles andere mehr. Hinter den Petitionen stehen oft ernste und tragische menschliche Schicksale.

An den Petitionsausschuss kann man sich unter folgender Adresse wenden:

**Petitionsausschuss
des Landtages Sachsen-Anhalt
Domplatz 6 – 9
39104 Magdeburg**

Barbara Knöfler ist Vorsitzende des Petitionsausschusses im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Termine des Bildungsvereins Elbe-Saale

9. Mai 2005, 18.30 Uhr, neues theater in Halle, Lesesaal, Gr. Ulrichstr. 51, „Polen und Tschechien in der EU: Welche Erfahrungen gibt es?“ mit Dr. Holger Politt

11. Mai 2005, KIZ in Magdeburg, Ebendorfer Str. 3, Präsentation der Neuauflage des Buches „Gedenkorte für die Opfer des Nationalsozialismus im Regierungsbezirk Magdeburg“

11. Mai 2005, 15.30 Uhr, Bürgerhaus „alternative“ in Halle, Gustav-Bachmann-Str. 33, Buchlesung „Chinafieber“ mit Dr. Wolfram Adolphi

11. Mai 2005, 18.00 Uhr, neues theater in Halle, Lesesaal, Gr. Ulrichstr. 51, „Europa im Kampf“. Internationale Lager-Poesie aus dem Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück

16. Mai 2005, 18.00 Uhr, neues theater in Halle, Lesesaal, Gr. Ulrichstr. 51, „Alternative Steuer- und Wirtschaftspolitik – Vorschläge zur Senkung der Arbeitslosigkeit“ (zusammen mit attac Halle)

23. Mai 2005, 15.00 Uhr, KIZ in Magdeburg, Ebendorfer Str. 3, „Wird die Bundeswehr zum Weltumsegler? Welche Einsätze nun noch?“

25. Mai 2005, 15.30 Uhr, Bürgerhaus „alternative“ in Halle, Gustav-Bachmann-Str. 33, „Humanität und Gewalt – Ist Albert Schweitzers Ethik gescheitert?“

28. Mai 2005, 8.00 Uhr – Exkursion zur Ausstellung „Im Gefolge der SS: Aufseherinnen des Frauen-KZ Ravensbrück“ – Treffpunkt: Halle, Salzgrafenstraße (Hallmarkt), Anmeldung über Bildungsverein Elbe-Saale, Blumenstraße 16, 06108 Halle (Saale), Anmeldeschluss: 13. Mai 2005

8. Juni 2005, 17.00 Uhr, KIZ in Magdeburg, Ebendorfer Str. 3, „Geschichte Magdeburgs – Geschichte der Arbeiterbewegung von Wilhelm Weitling bis zur Gegenwart“

16. Juni 2005, Magdeburg, 60. Jahrestag der Gründung des FDGB am 15. Juni 1945 – Veranstaltung zum Gründungsauf Ruf des FDGB in Kooperation mit dem DGB, Region Magdeburg-Altmark

**Kontakt:
bildungsverein.elbe-saale@t-online.de
Telefon: 0391/7324980**

Sind Tarifverträge Relikte der Vergangenheit?

von Edeltraud Rogée

Ein Zitat aus einem Geschäftsbericht der Deutschen Bank: „Es geht in Deutschland darum, vermeidbare Hindernisse zu beseitigen, die in der Entwicklung ... unserer Wirtschaft überhaupt im Wege stehen. ... Ebenso hemmend wie das Steuersystem wirkt sich die Lohn und Gehaltshöhe aus. ... Wäre die Nominalhöhe der Löhne und Gehälter in Deutschland 10 Prozent niedriger ..., so ständen wir nicht unter dem Druck der Arbeitslosigkeit.“ Das war nicht 2005 sondern 1929, also vor 85 Jahren!

Die PDS-Landtagsfraktion hat am 6. April eine Konferenz mit Vertretern von Arbeitgeberverbänden, den Kammern, der Landesregierung, von Parteien und Gewerkschaften sowie Interessierten durchgeführt. Wir sind der Frage nachgegangen, ob Tarifverträge sich überlebt haben und ob der Ausbau des Niedriglohnssektors eine Chance für die Entwicklung in Sachsen-Anhalt bietet. Die gesell-



Edeltraud Rogée

schaftliche, die wirtschaftliche und auch die wissenschaftliche Entwicklung sind weit fortgeschritten, aber die Argumente haben sich nicht geändert. Auch heute fordern Arbeitgeber und die neoliberale Politik, die Steuern der Unternehmen weiter zu senken, die Arbeitszeit zu verlängern, den Urlaub zu verkürzen und die Einkommen zu verringern. Zum Kontext der Rechtfertigung über die Verringerung der Einkommen gehört eben auch immer die Infragestellung der Tarifverträge.

In Deutschland sind gegenwärtig 60.000 Tarifverträge gültig. In den vergangenen 10 Jahren wurden jährlich im Schnitt 7.500 Tarifverträge abgeschlossen. Tarifverträge haben sich in Deutschland bewährt, das schätzen Gewerkschafter und Arbeitgeber gleichermaßen so ein. Die Sozialpartner wissen, dass die Tarifverträge nicht unerheblich zur Sicherung des sozialen Friedens in den Unternehmen beigetragen haben. Deshalb betonen die Verbandsvertreter und Unternehmer auch, dass sie das Tarifsystem an sich nicht in Frage stel-

len, es aber in der bestehenden Form nicht mehr zeitgemäß sei.

Sie fordern immer wieder: Tarifverträge müssen flexibler gestaltet und entrümpelt werden. Wirklich wollen sie die Kürzung der Einkommen, eine Verlängerung der Arbeitszeit, die Kürzung des Urlaubs, die Einschränkung des Kündigungsschutzes, bis hin zur Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes. Trotz hoher Gewinne in großen Konzernen werden massenhaft Arbeitsplätze abgebaut und der Druck auf die, die Arbeit haben, und die, die keine haben, wird erhöht. Ihr Ziel ist es auch, die Tarifautonomie der Gewerkschaften zu beseitigen und zu Vereinbarungen mit Betriebsräten zu kommen. Das lehnen die Gewerkschaften ab, weil Tarifverhandlungen Sache der Tarifparteien sind. Wer Tarifpartei ist, ist im Grundgesetz (Koalitionsfreiheit) und im Tarifvertragsgesetz (Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) geregelt. Die Ablehnung der Gewerkschaften zur Regelung von Tarifvereinbarungen im Unternehmen resultiert vor allem aus der Erkenntnis, dass Betriebsräte, die in ihrem Amt nach betriebsverfassungsrecht für die Wahrung und Sicherung des Betriebsfriedens verantwortlich sind, unter Druck geraten. Sie werden erpressbar, und jüngste Erfahrungen zeigen auch, dass sie gegen die übrigen Beschäftigten ausgespielt werden und für die wirtschaftliche Entwicklungen im Unternehmen und der daraus folgenden Entlassungen verantwortlich gemacht werden. Deswegen ist es richtig, sich mit den Gewerkschaften an einen Tisch zu setzen, um Lösungen für in wirtschaftliche Not geratene Unternehmen zu suchen. Hier sind die betrieblichen Vertreter einbezogen, da sie in der Regel auch Mitglieder der Tarifkommission sind, diese Entscheidungen mit treffen und sie vor ihren Kolleginnen und Kollegen auch rechtfertigen müssen.

Heute wie gestern sind Tarifverträge in den Unternehmen wichtig für die betriebliche Demokratie und die Würde der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie schützen die abhängig Beschäftigten vor unternehmerischer Willkür, sie regeln die Marktbeziehungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern und ermöglichen für die Unternehmen einer Branche gleiche Wettbewerbsbedingungen bei den Arbeitskosten.

Die neoliberalen Versprechen, dass durch mehr Lohnspreizung u.a. durch die Ausweitung eines Niedriglohnssektors, Beschäftigung und Wachstum steigen, erweist sich nachweislich als falsch. Die Lohnspreizung und der Niedriglohnsektor wachsen, aber die sozialen und ökonomischen Probleme per Saldo auch. Deswegen treten die Gewerkschaften (ver.di und NGG) und die PDS für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes ein. Nicht wenige behaupten, wenn in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn

eingeführt wird, würde das die Tarifautonomie in Frage stellen. Tatsache ist, dass es in Deutschland 650 Berufsgruppen gibt, die unter 6 Euro erhalten, und 130 Tarifverträge, die sich in den unteren Tarifgruppen unterhalb der Sozialhilfesätze befinden. Einige Beispiele für geringe Stundenlöhne: Gartenbau 2,74 Euro, Frisöre 3,18 Euro, Wachmann 3,19 Euro, Gebäudereiniger 4,09 Euro usw. Das ist einigen Wissenschaftlern immer noch zu hoch, sie empfehlen für die Tausenden unterqualifizierten Arbeitnehmer, die unteren Tarifgruppen weiter zu kürzen. Sie vergessen dabei, dass jeder Mensch, der einen Vollzeitjob hat, auch davon leben können muss. Deshalb setzt sich die PDS bundesweit für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 1.400 Euro ein. Der gesetzliche Mindestlohn würde natürlich Tarifverträge ungültig machen, die für einen vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer unter 1.400 Euro liegen. Da aber Tarifvereinbarungen immer Mindeststandards sind, besteht nach wie vor die Möglichkeit höhere Vereinbarungen zu erreichen. Die gesetzlichen Regelungen bleiben aus meiner Sicht unberührt.

Wie unbegründet die Angst vor der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes ist, zeigen die Erfahrungen der 22 Staaten der Europäischen Union, die bereits gesetzliche Mindestlöhne anwenden. In Großbritannien hat die Einführung 1999 für über eine Million Niedriglohn-Bezieher Vorteile gebracht. Der Mindestlohn wurde angewandt ohne größere Probleme, obwohl er für einige Wirtschaftsbereiche eine Herausforderung war. Er ist deshalb keine Quelle von öffentlichen Auseinandersetzungen mehr, sondern ein akzeptierter Teil des Arbeitslebens geworden. Auch die Erfahrungen der anderen hochentwickelten europäischen Länder sind durchweg positiv. Jetzt ist Deutschland in der Pflicht, dass ein Stück europäische Normalität auch bei uns einzieht. Wir als PDS wollen uns aktiv in diese Debatte einbringen. Schließlich ist bei dieser Thematik bundespolitisch ein breites Bündnis notwendig, um in der Praxis einen Durchbruch zu erzielen.

Übrigens, noch vor wenigen Tagen warf uns die CDU in Sachsen-Anhalt vor, wir würden uns beim Thema Mindestlohn mit alten Hüten befassen. Jetzt hat sich auch Herr Stoiber von der CSU den alten Hut aufgesetzt. Die Regierungskoalition in Sachsen-Anhalt sollte sich weniger mit laxen Bewertungen befassen, sondern mehr bei ernsthaften Debatten ihre Vorschläge für existenzsichernde Einkommen der Menschen in unserem Land einbringen. Da scheint sie den Zug der Zeit verschlafen zu haben. Aber das ist ja auch nichts Neues.

Edeltraud Rogée ist stellvertretende Landesleiterin ver.di Sachsen-Anhalt und Mitglied des Landtages in Sachsen-Anhalt.

Die kommunalpolitischen Leitlinien – Herausforderung für die gesamte Partei

von Katrin Kunert



Katrin Kunert und Lothar Bisky

Das Jahr 2005 steht ganz im Zeichen der Kommunalpolitik in unserer Partei. Der Bundesparteitag im November in Halle wird kommunalpolitische Leitlinien verabschieden und viele Aktivitäten bis dahin sind notwendig – auch für die Entwicklung der PDS. Ich will es vorausschicken, nicht alle Genossen sehen die Notwendigkeit eines Parteitages, der sich neben der Bildungspolitik auch der Kommunalpolitik mit diesem Ausmaß zuwendet. Und deshalb scheint es mir wichtig, den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Kommunalpolitik der PDS und der Parteireform, also der Entwicklung unserer Partei deutlich zu machen.

Die kommunalpolitische Ausrichtung, auf dessen Grundlage Wahlprogramme und vieles mehr geschrieben wurden, stammt aus dem Jahr 1996. Seither haben sich die Bedingungen für Kommunalpolitik gravierend verändert. Globale Probleme, die Entwicklung der EU, die Entwicklung der Produktionsweise oder der demografische Wandel bringen neue Erfordernisse an unsere Kommunalpolitik. Wir stehen für kommunale Selbstverwaltung, doch die Bedingungen durch EU, Bund und Länder lassen sie zur Worthülse verkommen. Was bedeutet unter den aktuellen Bedingungen kommunale Daseinsvorsorge für uns? Wie stärken wir die Stellung der Kommunen im neuen Europa? Wie können wir Einfluss nehmen auf öffentliche Dienstleistungen und deren Qualität und Umfang? Wie konkret sieht für uns die Bürgerkommune aus? Wie werden wir dem durch die Wahlergebnisse formulierten Anspruch an uns gerecht? Reicht es, mit „Parteilosen“ auf unseren Listen mehr Kandidaten ins Rennen zu schicken? Oder ergibt sich daraus auch ein neuer Anspruch an uns selbst?

Die kommunalpolitischen Leitlinien sollen der rote Faden des Handelns unserer Mandatsträger von München bis Saßnitz sein. Zwei Grundansprüche sollen realisiert werden:

Erstens die Stärkung der gesellschaftlichen Selbstbestimmung und Beförderung des zivilgesellschaftlichen Engagements der Einwohnerinnen und Einwohner. Und zweitens die deutliche Erkennbarkeit, dass wir nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit handeln. Unsere Kommunalpolitik orientiert sich am Leitbild der Bürgerkommune. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal der PDS! Wir wollen, dass die EinwohnerInnen an den politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden und dass sie „zu günstigen und demokratiefreundlichen Konditionen wichtige Fragen selbst entscheiden“. Das heißt, wir wollen die Bedingungen von Kommunalpolitik verbessern, wir wollen den Einstieg in Kommunalpolitik erleichtern.

Im letzten Absatz der Leitlinien findet sich der Begriff der kommunalen Politikreform wieder, wir sagen, dass sie überfällig ist. Das stimmt, denn wer selbst ein kommunales Mandat inne hat, weiß, dass sich unser Wirken in den Räten oder Kreistagen inzwischen zu großen Teilen nur noch darauf konzentriert, die Verwaltung zurück zu pfeifen oder zu treiben. Hinzu kommt, dass sich unter dem Druck von Verwaltungsstraffung und -spezialisierung das Hauptamt zunehmend verselbstständigt und das Ehrenamt hinterherhinkt. Es findet in den Räten kaum noch strategische Debatte statt, es werden kaum Leitbilder entwickelt, wohin eine Stadt oder ein Landkreis sich entwickeln soll. Es sind zwar Regionale Entwicklungskonzepte oder Regionale Aktionsprogramme mit viel Aufwand erarbeitet worden, aber sie sind mitnichten die Handlungsgrundlage bzw. spiegeln sich in der weiteren Arbeit der Räte nicht wider. Das Verhältnis Bürger – Verwaltung – Politik muss wieder ein gleichseitiges Dreieck werden. Die gleichen Seiten verbindet PDS mit gleicher Augenhöhe und gleichberechtigtem Handeln, einem Geben und Nehmen.

Um aber diese Probleme in Angriff nehmen zu können, bedarf es einer Analyse der eigenen Arbeit in den Räten und in der Partei, schließlich existieren kommunales Ehrenamt und Parteiarbeit nicht nebeneinander, zumindest sollte es nicht so sein. Wie das eine funktioniert, so stellt es sich beim anderen dar. Es ist aber festzustellen, dass die Fraktionen – egal auf welcher Ebene – der Partei vorausseilen. Das ist im Grunde normal, denn Fraktionen sind durch die Arbeit in den Räten direkt in Entscheidungen und vorhergehende Informationsflüsse eingebunden. Was aber nicht gelingt, ist die Einbeziehung unserer Basis und damit die Mitnahme in diesen Prozessen. Deshalb wäre eine stärkere Teilnahme interessierter Bürger an den Fraktionssitzungen optimal. Einmal ist der Informationsstand aktuell und der Austausch kann direkt erfolgen. Fraktionen verlegen oft ihre Sitzungsorte an kommunalpolitische Brennpunkte, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Warum machen das Basisorganisationen nicht auch bzw. gehen mit? Eine bessere Bildungsarbeit in Sachen Kommunalpolitik gibt es nicht! Wir beklagen in den Räten, dass die Einwohnerfragestunden sehr mager besucht werden. Das gleiche finden wir in unseren eigenen Reihen!

Warum gehe ich darauf so ein? Die Bürgerkommune ist das Herzstück unserer Kommunalpolitik in Zukunft. Dies bedeutet, dass wir uns mehr als bisher auf Bürgerinnen und Bürger zu bewegen müssen, sie sind der Mittelpunkt in diesem Projekt. Dazu werden wir alle Mitglieder brauchen. Wir wollen neue Wege in der Kommunalpolitik gehen, weil die alten nicht zum Ziel führen. Aber neue Wege müssen wir auch in der Partei gehen, um attraktiv und interessant zu werden und um neugierig auf uns zu machen. Ich werbe dafür, dass sich möglichst viele an der Diskussion zu den kommunalpolitischen Leitlinien beteiligen. Unser Ansatz von Kommunalpolitik kann nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn die Gesamtpartei dabei handelt. Und neue Wege können wir in der Kommunalpolitik nur gehen, wenn die Partei mitgeht.

Das schöne an Kommunalpolitik ist, dass sie vor der Haustür eines jeden stattfindet und somit jeder mitmachen kann.

Katrin Kunert ist Mitglied im Parteivorstand der PDS und Fraktionsvorsitzende der PDS im Kreistag Stendal.

Veranstaltungshinweis:

28./29. Mai 2005,
Kommunalpolitische Jugendkonferenz
in Parchim,
www.pds-kommunalpolitik.de

Unterm Pisa-Strich: 5 Milliarden minus

von Petra Pau (MdB)

Berlin. Großes will inszeniert sein. Allemal in einer Mediengesellschaft, die bitte nicht mit der Informationsgesellschaft verwechselt werden sollte. Politiker und Medien können sich auch selbst genügen. Wir erleben es Sonntag für Sonntag bei „Christiansen“, der Abendschule fürs Neoliberale.

Als Bundeskanzler Gerhard Schröder vor zwei Jahren seine „Agenda 2010“ einführte, zelebrierte er seinen Auftritt medienrätlich. Er griff sogar Volkes Stimmung auf. Hunderttausende demonstrierten damals gegen den nahenden Irak-Krieg. Der Kanzler wiederholte sein Nein an einer direkten Kriegsbeteiligung. Wir schrieben den 25. März 2003. Gerhard Schröder schritt staatsmännisch ans Bundestags-Pult, die Kulisse war eingestimmt, er begann salbungsvoll: „In der Verantwortung

für die Zukunft unseres Landes habe ich der Regierungs-Erklärung ein doppeltes Motto vorangestellt: Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung.“

Ich habe ihm damals im Bundestag erwidert: „Wir sagen Ja zu ihrem Nein zu Krieg. Und wir sagen Nein zu ihrem Ja zum Sozialabbau.“ Denn darum ging es. Und Millionen haben es nun, da „die größte Reform“, wie Rot-Grün stolz meint, ins dritte Jahr kommt, längst praktisch erfahren. Ihnen braucht man „Hartz IV“ nicht schön zu reden. Sie erleben es anders.

Die Bundesregierung versucht es dennoch: „Die ‚Agenda 2010‘ – das sind so verschiedene Maßnahmen, wie die Steuerreform, die Praxisgebühr und die Förderung der Ganztagschulen. Aber auch Minijobs und Hartz IV.

Auf den ersten Blick scheinen diese Reformen ohne einen inneren Zusammenhang nebeneinander zu stehen. Und doch...“, verkünden die PR-Praktiker des Kanzlers.

Nehmen wir nur die Steuerreform und die Förderung der Ganztagschulen – das ist Bauernschläue für Vergessliche. Ja, der „Bund“ fördert mit vier Milliarden Euro den Ausbau von Ganztagschulen. Doch vordem hatte er den zuständigen Ländern per Steuerreform neun Milliarden entzogen. Das macht unter dem Pisa-Strich fünf Milliarden minus. Die „Gewinner“ hatten längst verloren.

Bleiben mir vorerst zwei Anmerkungen: Die rot-grüne „Agenda 2010“ ist ein verkürztes Plagiat, abgeschrieben von der CDU/CSU. Und natürlich gibt es Alternativen, auch wenn Gebetsmüller anderes inszenieren.

Anhörung der PDS Kreistagsfraktion

von Klaus Goetze

Wittenberg. „So viele Leute haben sich seit Jahren nicht im Sitzungssaal der Kreisverwaltung eingefunden“ lautete die verwunderte Aussage einer Mitarbeiterin der Behörde. Ja, ca. 75 Interessenten waren der Einladung der PDS zur ersten öffentlichen Anhörung zu Problemen von Hartz IV gefolgt.

Der Vorsitzende der Kreistagsfraktion, Jürgen Dannenberg, begrüßte die Eingeladenen und Gäste und brachte das Anliegen der Veranstaltung auf folgenden Nenner: „Wir wollen eine Zustandsbeschreibung des bisherigen Standes der Umsetzung von Hartz IV in unserem Kreis erhalten“ und „Die PDS lehnt Hartz IV grundsätzlich ab“.

Die von Betroffenen dargestellten Einzelfälle sorgten dann auch schnell für erhitzte Gemüter und die richtige Raumtemperatur. Ein Vater ergriff in Vertretung seiner Tochter das Wort und bat um Erklärung, warum seine Tochter mit zwei Kindern nur für sich und für ein Kind krankenversichert ist. Das zweite Kind aber ohne Versicherung? Ähnlich erging es einen ALG II Empfänger, der durch das Arbeitsamt zeitweilig nicht krankenversichert war.

Wie, wollte ein Einfamilienhausbesitzer und Langzeitarbeitsloser wissen, solle er mit den monatlich erstatteten Kosten in Höhe von 98 Euro den tatsächlich anfallenden Aufwand von 250 bis 300 Euro abdecken? Was verbirgt sich hinter „Angemessenheit“?

Viele Fragen ohne verbindliche Antworten. Unverständnis erregte auch die Aussage des Vertreters der Agentur für Arbeit, dass die Förderprogramme für langzeitarbeitslose Jugendliche, auf Grund der seit Januar fehlenden Mittel, nicht greifen können. Die sehr um Sachlichkeit bemühten Moderatoren, konnten jedoch sehr wenig tun, als durch Aussagen der Vertreterin des Sozialamtes des Landkreises, die Emotionen erneut überschäumten.

Betroffene bezeichnete sie als unwissend und inkompetent! Harter Tobak für ein Amt!

Wolfram Altekrüger, Arbeitslosenbetreuer von Verdi, kritisierte, dass die derzeitigen Bescheide absolut unübersichtlich und nicht nachvollziehbar sind. Positive Aktivitäten konnten die Strukturförderungsgesellschaften, Öko-Tours und SFW, vermerken. Sie bieten jeweils ca. 400 Arbeitsgelegenheiten an. Einen durchaus wichtigen Hinweis gab Herr Henkel von der AOK. Er empfahl Betroffenen, die nicht überblicken, was für sie das Günstigste ist, unbedingt Beratungsangebote zu nutzen. Im Prinzip gibt es für jede Situation eine Lösung. Sie sind aber nur individuell zu bearbeiten.

Die PDS-Kreistagsfraktion erarbeitete zu der Veranstaltung eine Niederschrift. Die rund 20 offenen Fragen werden an die entsprechenden Gremien weitergeleitet. Der Gesundheits- und Sozialausschuss des Landkreises hat die Problematik zu einem ständigen Tagesordnungspunkt gemacht. Nach der Beantwortung der offenen Fragen wird es im September 2005 eine Fortsetzung der Diskussion geben.

Zwischen Beratung und Protest

von Heidelinde Penndorf

Weißenfels. Jeden Montag versammeln sich in Weißenfels immer noch ca. 150 bis 250 Demonstranten und protestieren gegen die Agenda 2010 und gegen die Hartz IV-Gesetze. Diese Ausnahme lässt sich vielleicht damit erklären, dass unsere Bürgerinitiative nicht nur zu den Montagsdemos aufruft, sondern ihre Aufgaben auch in der direkten Hilfe und Aufklärung für Betroffene sieht. Dienstags und mittwochs hat die „Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit-Weißenfels“ Beratungstage für Hartz IV Betroffene eingeführt, die in den PDS-Geschäftsstellen in Hohenmölsen und Weißenfels stattfinden. 250 Betroffenen konnte so geholfen werden. Auch Foren über brisante politische Themen wie „Reichtumpflege in Deutschland“, „EU-Dienstleistungsrichtlinien und EU-Verfassung“ haben wir in Zusammenarbeit mit der PDS organisiert. Wir resignieren nicht und richten uns nicht ein mit Hartz IV. Wir stecken den Kopf trotz aller Schwierigkeiten nicht in den Sand, der Kampf wird fortgesetzt.



Kein Licht am Ende des Tunnels

von Günter Rettig

Stendal. Es sind gerade zwei Jahre seit der Regierungserklärung des Bundeskanzlers im März 2003 vergangen, mit der die Agenda 2010 aus der Taufe gehoben wurde. Vergleicht man die Verheißungen seinerzeit mit der Realität heute, so wird deutlich, in den zwei Jahren wurden die zentralen Maßnahmen der Agenda umgesetzt, ohne damit auch nur einem der angegebenen Ziele näher gekommen zu sein.

Mit den Hartz-Reformen sollte die Zahl der Arbeitslosen innerhalb von zwei Jahren um zwei Millionen reduziert werden. Realität ist: In der Altmark liegt die Arbeitslosigkeit bei 23,6 Prozent. Herr Bräuer, Chef der Arbeitsagentur Stendal, musste einschätzen, dass der Anteil der Langzeitarbeitslosen in der Region bereits bei 42,5 Prozent liegt. Erschreckend auch: die Zahl der Jugendlichen Arbeitslosen nahm im März weiter zu. Die Quote der Jugendlichen bis 25 Jahre stieg im Vergleich zum Vorjahr von 15,9 auf 23,9 Prozent.

Wir erinnern uns, fördern und fordern ist der eherne Grundsatz von Hartz IV. Runter vom Sofa und rein in den Arbeitsmarkt heißt das im Idealfall. Doch der ist so selten wie Schnee im Juni. Gewiss würden viele der nur Geforderten gern ran an die Arbeit. Doch wo gibt es die? Spargernte für mehr als 28.600 Menschen? Durch Hartz IV hat tatsächlich nur eine gigantische Verschiebung der Masse Mensch stattgefunden von den Sozialämtern hin zu den Arbeitsagenturen. Die Bündelung der Erwerbslosenverwaltung unter einem Dach ist schließlich gesetzlich fixiertes Hartz IV-Ziel. Dass Wirtschaftsminister Clement nun der Zahlenschock ereilt muss schon sehr verwundern. Sachsen-Anhalts Wirtschaftsstaatssekretär Reiner Haseloff sieht angesichts der großen Zahl der ALG-II-Empfänger im Land einen

zusätzlichen Personalbedarf für die Arbeitsgemeinschaften und die fünf optierenden Kreise. Für Haseloff das größte Problem: Für die Vermittlung bleibt keine Zeit. Statt wie geplant 150 Arbeitslosengeld II-Empfänger betreut ein Fallmanager 400 bis 450 Frauen und Männer. Das sind die alten Agenturrelationen. Wie der stellvertretende Landrat des Landkreises Stendal am 13. April in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit betonte, liegt der Betreuungsschlüssel – wenn man dabei überhaupt noch von Betreuung sprechen kann – im Landkreis Stendal noch weit darüber.

Noch einmal zurück zum Kanzler – die Gemeinden sollten durch die Hartz IV-Reformen in Milliardenhöhe entlastet. Realität ist: Von dieser Illusion musste sich auch der stellvertretende Landrat, Herr Twartz bereits verabschieden. Ging er im August des vergangenen Jahres noch von ca. 8.800 Bedarfsgemeinschaften aus, waren es im Januar 2005 bereits 12.300. Der Haushaltsansatz des Landkreises für das Jahr 2005 sah noch vor, dass durch die im Durchschnitt relativ niedrigen Unterkunftskosten pro Bedarfsgemeinschaft im Januar diesen Jahres der Haushalt des Landkreises keine zusätzliche Belastung hat. Allein im Monat April wurde für unterdessen 13.776 Bedarfsgemeinschaften Unterkunftskosten gezahlt, Tendenz weiter steigend. Auch diese Rechnung wird als nicht aufgehen.

Davon, welche Auswirkungen Hartz IV hat, konnten sich Mitglieder der PDS-Kreistagsfraktion Anfang April beim Besuch der Schuldnerberatungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Stendal überzeugen. Jeder Zweite, der die Schuldnerberatung aufsucht, ist Arbeitslosengeld II-Empfänger. Zum

Beispiel Lebensgemeinschaften, die sich mit dem Einkommen des einen und der Arbeitslosenhilfe des anderen Partners die Ratenzahlung für Haus oder Auto noch gerade so vom Munde absparen konnten, sind betroffen. Wenn das zweite Einkommen wegfällt, weil einer von beiden noch – nach Definition ausreichend – verdient, steht ihnen das Wasser bis zum Hals. Auch durch plötzliche Arbeitslosigkeit, Trennung oder Scheidung entstehen Schulden, die vorher nicht da waren. Mit durchschnittlich zehn bis zwölf Anfragen pro Woche stoßen die Frauen in der Schuldnerberatung bereits an die Belastungsgrenze. Der Bedarf ist jedoch wesentlich höher, Wartezeiten von fünf bis sechs Wochen auf einen Termin sind bereits normal.

Es bleibt dabei:

Hartz IV ist Armut per Gesetz.

Termine der PDS Sachsen-Anhalt

1. Mai 2005, Friedensweg OFFENE HEIDE

3. Mai 2005, 18.30 Uhr, Magdeburg, Ebandorfer Str. 3, Landesvorstandssitzung

10. Mai 2005, 18.30 Uhr, Halle, Blumenstr. 16, Landesvorstandssitzung

28. Mai 2005, 10.00 Uhr, Magdeburg, Beratung mit Kreisvorsitzenden

31. Mai 2005, 18.30 Uhr, Magdeburg, Ebandorfer Str. 3, Landesvorstandssitzung

4. Juni 2005, ab 10.00 Uhr, Bitterfeld, Umwelttag der PDS (Nachfragen unter: 03493/40 15 94)

4. Juni 2005, 9.30 Uhr, Halle, Blumenstr. 16, Sitzung des Landesparteiirates

5. Juni 2005, Friedensweg OFFENE HEIDE

18./19. Juni 2005, Wittenberg, „Piesteritzer Hof“,

1. Tagung des 9. Landesparteitages

26. Juni 2005, 2. Kommunalpolitischer Treff mit gewählten Mandatsträgern von Städten, Gemeinden und Bürgermeistern (veranstaltet durch kommunalpolitisches forum – www.kf-lsa.de)

2. Juli 2005, 10.00 Uhr, Magdeburg Beratung mit Kreisvorsitzenden

3. Juli 2005, Friedensweg OFFENE HEIDE

Arbeitskreis gegen Sozialabbau

von Marlies Jehrke

Halberstadt. Die Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsverhältnisse sowie der Rechte der in Deutschland lebenden Menschen sind gegenwärtig getarnt durch die Begriffe: Gesundheitsreform, Sozialreformen, Agenda 2010, Hartz I bis IV u.a. Um den Sozialräubern Alternativen aufzuzeigen und den Protest gegen ihren Sozialraub zu organisieren, gründete sich im April 2003 in Halberstadt der Arbeitskreis gegen Sozialabbau. Im Kern machen rund 20 von Arbeitslosigkeit Betroffene mit verschiedenen Aktionen auf die Kernprobleme der Sozial- und Wirtschaftspolitik Deutschlands aufmerksam. Unterstützung erhalten wir dabei vom DGB, der IG Metall und der PDS Kreisorganisation Halberstadt. Zudem gaben uns Foren mit Prof. Roland Roth, Prof. Herbert Schui und Horst Schmithenner, das entsprechende Rüstzeug für unser weiteres Wirken.

Höhepunkte unserer Aktionen waren im vergangenen Sommer die Montagskundgebungen, an denen sich bis zu 2.000 Menschen beteiligten. Gegenwärtig ist dieser Protest speziell durch die von Hartz IV Betroffenen sehr spärlich. Ja man hat den Eindruck, dass sie versuchen, sich per Gesetz auf ein Leben unter der Armutschwelle mit Hilfe von Suppenküchen und Kleiderkammern einzurichten.

In jedem Fall wissen wir, dass wir ohne die Unterstützung von Gewerkschaften und der PDS sowie linker Strömungen der anderen Parteien der gegenwärtigen Sozialraubpolitik wenig entgegen setzen können.

Wir wünschen uns, dass sich die Gewerkschaften wieder einheitlich profilieren und gemeinsam Aktionismus in der gegenwärtigen Politik betreiben und nicht nur Reaktivismus.

Ein strategische Entscheidung für Sachsen-Anhalt

von Matthias Höhn

„Niemand hat die Absicht, Studiengebühren einzuführen!“ So oder ähnlich hört man es dieser Tage öfter aus den Reihen der schwarz-gelben Koalition. Zwar hatte diese Landesregierung die Klage gegen das Hochschulrahmengesetz des Bundes, das Studiengebühren bundesweit untersagte, unterstützt – aber freilich nur, um die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern klar zu ziehen. Ja klar, wer's glaubt... Gäbe es keine inhaltliche Differenz zur Position der Bundesregierung in dieser Frage, hätte man auf eine Klage verzichten können. Aber das tat man nicht. Warum wohl? Um endlich selbst Gebühren für das Studium an den hiesigen Hochschulen zu erheben.

Auf seiner April-Sitzung sah sich nun der zuständige Fachausschuss des Landtages dem Thema ausgesetzt. Schuld daran war die Fraktion der PDS, die einen Gesetzentwurf zum generellen Verbot allgemeiner Studiengebühren eingebracht hatte. Eine lebhaft Debattierte im Plenum war dazu wenige Wochen zuvor der Ausschusssitzung vorausgegangen. Von „Populismus“ war da die Rede, die Argumente der PDS seien „nicht von dieser Welt“ – wilde Zwischenrufe – mehrmals musste der Landtagspräsident eingreifen und für Ruhe sorgen.

Die Koalitionsfraktionen waren offenbar an einer wunden Stelle getroffen worden. Man hatte wohl darauf gehofft, dieser Debatte bis zu den Landtagswahlen aus dem Wege gehen zu können. Der Plan ging schief – und nun werden CDU und FDP schon in einigen Wochen bei der Endabstimmung im Landtag „Nein“ zum Gesetzentwurf der PDS sagen und damit „Ja“ zu Studiengebühren.

Dieses „Ja“ wäre ein weiteres „Nein“ zum Ausbau und zur Förderung genau der Potenziale in Sachsen-Anhalt, auf die wir so dringend angewiesen sind, um für dieses Land eine selbst tragende Perspektive realistisch formulieren zu können.

Schon die Tatsache, dass der „Aufbau Ost als Nachbau West“ offensichtlich gescheitert ist, stellt dieses Land vor schwierige Herausforderungen. Gleichzeitig – und darum sind dies so strategisch wichtige Entscheidungen für Sachsen-Anhalt – sind wir mit gesellschaftlichen Veränderungen konfrontiert, die nachhaltige Wirkung entfalten werden: die fortschreitende Globalisierung, der Umbau der Arbeitswelt, die demografische Verschiebungen und nicht zuletzt der Übergang zur Wissensgesellschaft.

In dieser Situation hatte die PDS vor gut einem halben Jahr mit ihrem „Innovationsansatz für Sachsen-Anhalt“ eine Handlungsstrategie auf den Tisch gelegt. Dort heißt es: „Innovationsfähigkeit und Innovationskraft bestimmen in Zukunft im engeren Sinne maßgeblich über die Zukunft ganzer Volkswirtschaften und im weiteren Sinne über die Per-

spektiven der Gesellschaft selbst. Wissen ist damit nicht nur zur bestimmenden Ressource in der Wirtschaft geworden, sondern Wissen ist wichtigste Voraussetzung für verbesserte soziale Perspektiven.“

Wenn Sachsen-Anhalt diese Entwicklung positiv für sich annehmen will, muss es die Potenziale stärken, die dafür dringend erforderlich sind. Wir müssen den Bereichen Bildung (von der Kita bis ins hohe Alter), Wissenschaft und Forschung unbedingte Priorität einräumen – im Interesse jedes Einzelnen wie der Gesellschaft insgesamt. Allein hohe und höchste Qualifikationen breiter Schichten der Bevölkerung können dauerhaft den Marsch in den Niedriglohn und der gesellschaftlichen Ausgrenzung stoppen.

Wenn mehr Menschen als bisher der Zugang zu hoher Bildung ermöglicht und er nicht einer kleinen – sozial privilegierten – Gruppe überlassen werden soll, darf es keine allgemeinen Studiengebühren geben. Sie wären das letzte Glied in einer traurigen Kette der sozialen Selektion im deutschen Bildungssystem – eine Kette, die am Ende dazu führt, dass wir in Sachsen-Anhalt eine Studierquote deutlich unter 30 Prozent beklagen. Unsere europäischen Nachbarn bringen es auf über 50.

Eingeschränkter Zugang zur frühkindlichen Bildung in den Kitas, frühe Gliederung im Schulsystem, kaum individuelle Förderung, Faktenpauken statt Kompetenzvermittlung... die Kette ist in der Tat lang. Sie führt dazu, dass von 100 Kindern aus sozial schwächeren Verhältnissen nur acht den Weg bis zur Hochschule schaffen – im Gegensatz zu 72 von 100 aus dem sozial besser gestellten Umfeld.

Auf zwei Argumente sei eingegangen, die von den Befürwortern allgemeiner Studiengebühren gern ins Feld geführt werden.

Argument Nummer 1 – der „Student als Kunde“. Da wird behauptet, die Bezahlung von Gebühren würde den Studenten mehr als bisher in die Lage versetzen, ein besseres Bildungsangebot einfordern zu können.

Zunächst, die Studierenden wollen in ihrer Mehrzahl Mitglieder einer Hochschule sein, und eben keine Kunden. Das haben die Vertreter der Studierendenschaften dieser Tage wieder deutlich zum Ausdruck gebracht. Aber bleiben wir beim möglichen Kunden. Was soll das denn am Ende bedeuten? Kann der Student – wie jeder Kunde bei einem üblichen Kaufgeschäft – sein Geld zurückverlangen, wenn die gewünschte Leistung nicht erbracht wurde? Wohl kaum! Er wäre ein Zahlender – Zahlender für Rahmenbedingungen, die eben keine optimale Bildung ermöglichen und seinen Bildungsweg obendrein noch verlängern. Argument Nummer 2 – die Einnahmen aus Studiengebühren verbessern die Ausstattung der Hochschulen. Dies muss als fantasievolles Märchen gepriesen werden. Ein Märchen, an das man an den Hochschulen ohnehin nicht glaubt. Angesichts der Haushaltssituation des Landes würde mit ziemlicher Sicherheit eines eintreten: Mehreinnahmen aus Studiengebühren führen zu Mindereinnahmen aus Landesmitteln. Ein Nullsummenspiel. Ein Spiel, das die Studierenden belastet und die öffentliche Hand entlastet.

Der Ausschuss für Bildung und Wissenschaft hat es mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt, eine inhaltliche Debatte zum Thema Studiengebühren zu führen und eine Anhörung anzuberaumen. Es steht zu befürchten, dass der Gesetzentwurf der PDS auf einer der nächsten Landtagssitzungen beerdigt wird. Allerdings: das mag für den Gesetzentwurf zutreffen, das Thema aber bleibt. Schon jetzt haben die Studierenden öffentliche Proteste angekündigt. Und auch für die PDS bleibt es eine Frage von strategischer Bedeutung für das Land Sachsen-Anhalt.

Matthias Höhn ist stellvertretender Landesvorsitzender der PDS Sachsen-Anhalt und Medienpolitischer Sprecher der PDS-Landtagsfraktion.

Impressum

klarText – Magazin der PDS Sachsen-Anhalt

Herausgeber: Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt

Redaktion: Anke Lohmann (Leitung), Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Corinna Grundmann, Monika Krüger, Sven Barquet, Matthias Gärtner (Mdl), Oliver Müller, Dr. Martin Reso, Joachim Spaeth

Satz/Layout: Andrea Johlige

Druck: Harzdruckerei, Wernigerode

Auflage: 6.500 Exemplare

Preis: Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17. April 2005 · klarText erscheint einmal im Quartal.

Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der PDS Sachsen-Anhalt.

Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrer Kürzungen ausdrücklich vor.

Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Anschrift: PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klarText, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Fon: 03 91/7 32 48 40, **Fax:** 03 91/7 32 48 48, **E-Mail:** landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de

Strauchelt deutsche Demokratie?

von Dr. Thomas Falkner

Im Mai 2005 treffen in Deutschland Vergangenheit und Zukunft auf sonderbare Weise zusammen. Das Gedenken an Krieg, Befreiung und Neuanfang vor 60 Jahren erreicht seinen Höhepunkt – und wenig später entscheiden die Regionalwahlen in Nordrhein-Westfalen wohl vor, wie es politisch in Deutschland weiter gehen soll.

Nach zwei Legislaturperioden steht die rot-grüne Regierungspolitik im Bund ernster und grundsätzlicher auf dem Prüfstand als 2002. Es geht für die Wählerinnen und Wähler nicht mehr darum, ob man dem Versuch Rot-Grün eine zweite Chance gibt, sondern ob man sich längerfristig auf ein solches Regierungsmodell einlassen will bzw. soll.

Rot-Grün war 1998 gewählt worden, um den aufgestauten Reformbedarf im Interesse des Landes und seiner Menschen auf wohlgefällige Art aufzulösen. Doch die Wirtschaft stagniert weiter, die Arbeitslosigkeit wächst, die bestehenden Arbeitsplätze werden unsicherer, Einkommensentlastungen auf der einen werden durch neue Belastungen auf der anderen Seite aufgeessen, die sozialen Sicherungssysteme werden schwächer, aber nicht billiger (sondern für die jetzt Aktiven eher teurer und bringen weniger). Auch auf den traditionellen Gebieten der äußeren und der inneren Sicherheit geht die Sicherheit eher zurück, obwohl der Staat nach außen wie innen Aktionismus zeigt. Zwar hat der Bundeskanzler Deutschland aus dem Irak-Krieg herausgehalten, doch an anderen Stellen der Welt (Afghanistan, Kosovo) ist Deutschland bei seiner „Verteidigung am Hindukusch“ dauerhaft in fragil-explosive Konfliktsituationen eingebunden. Innenpolitisch verschafft sich der Staat mit der Begründung des Kampfes gegen den Terrorismus in bislang nicht gekanntem Ausmaß Einblick in die Privat- und Intimsphäre der Bürgerinnen und Bürger.

Die selben Politiker, die sich derart über die Bürgerinnen und Bürger erheben, müssen sich zugleich nicht nur Erfolglosigkeit, sondern auch handwerkliche Fehler aller Art sowie Fehlverhalten im Amt nachsagen bzw. vorwerfen lassen. Vor allem das wird in breitesten Schichten der Gesellschaft in Ost wie West als gravierender Verstoß gegen die soziale Gerechtigkeit angesehen und führt über Wut auf „die Politiker“ zu einer Radikalisierung der Politikverdrossenheit bis hin zur Abkehr von parlamentarischer Demokratie und sozialer Marktwirtschaft. Während Teile der Linken damit experimentieren, aus dieser Entwicklung durch populistische Manöver Nutzen zu ziehen, sind die wahren Profiteure dieser Entwicklung die Rechtsextremen.

Die tatsächliche Umverteilung zugunsten der großen Unternehmen und der Gutverdienenden wird zwar als Beschneidung der eigenen Spielräume zur Kenntnis genommen – der Ärger richtet sich aber nicht auf „die Wirt-

schaft“, die die von ihr für diese Begünstigung erwartete Gegenleistung nicht erbringt, sondern wiederum auf „die Politiker“.

Die Stimmung des „Die können nicht, die wollen nicht“ induziert eine wachsende Instabilität der politischen Stimmung, der Parteipräferenzen, der Wahlbereitschaft.

Reformen werden gleichzeitig gewollt und abgelehnt; was tatsächlich notwendig und möglich ist, um das Land wirklich aus der Krise zu führen, ist der Gesellschaft im Grunde nicht bekannt. Der Diskurs unterbleibt, weil sich Politik, Wirtschaft und Eliten im Zweifel eigennützig durch die Situation hindurch lavieren – getrieben von den aktuell stärksten Drücken, gebremst bzw. gestoppt von den allgegenwärtigen Blockaden im politischen und gesellschaftlichen Institutionengefüge.

Die tatsächlichen Störungen des bestehenden gesellschaftlichen Organismus, die die Strategie-Thesen der Bundes-PDS 2004 thematisierten, bleiben gesellschaftlich unbearbeitet bzw. werden nur punktuell angegangen, wodurch unerwünschte und unbeherrschbare Fern- und Rückwirkungen auftreten.

Die allgemeine Verunsicherung hat nun auch auf die führenden Kreise in Politik und Gesellschaft übergreifen. Nachdem sich seit verganginem Jahr mit Blick auf 2006 deutlich eine Lagerwahlkampf-Situation aufbaute, in der ein Sieg des bürgerlichen Lagers das wahrscheinlichere, ein Erfolg des rot-grünen Lagers ein nicht ausgeschlossenes Ergebnis sind, kommen jetzt erkennbar auch andere Szenarien ins Spiel.

Vordergründig (inspiriert durch den „Job-Gipfel“ von Mitte März und auch durch das Desaster in Schleswig-Holstein) ist das zunächst eine Große Koalition ab 2005 oder/und ab 2006. Auch personell scheint man im Begriff, dafür neue Voraussetzungen zu schaffen – so etwa durch die auffällige Promotion-Kampagne zugunsten von Christian Wulff. Das Grundmuster ist einfach: „Große Probleme – Große Koalition“; die Abwägungen sind von den Erfahrungen mit der derzeitigen Parteidemokratie geprägt und bringen wechselseitige Blockaden durch Profilierungsbestrebungen gegen den Zwang zur Einigung in Stellung. Die Debatte ist eher oberflächlich; sie dringt nicht einmal bis zu dem Punkt vor, dass die SPD in einer solchen Situation nicht nur durch ihre Niederlagen, sondern vor allem strukturell geschwächt wäre und kaum Spielräume zum eigenen Wiederaufbau hätte.

Im Kern geht es bei den gegenwärtigen Manövern der führenden Kreise in Politik und Gesellschaft wohl eher um ernstere Fragen der Machtarchitektur in der Bundesrepublik. Das wird an der Kampagne der führenden bürgerlich-konservativen Blätter zur Aufwertung der Person des Bundespräsidenten und

zugleich zur Politisierung des Amtes des Bundespräsidenten deutlich. Im Moment scheint es darum zu gehen, innerhalb des bestehenden politischen Systems die Verluste an Integrationskraft der Parteien dadurch zu kompensieren, dass der Scheinwerferkegel verstärkt auf das über den Parteienstreit erhabene Verfassungsinstitut Bundespräsident („Super-Horst“) gerichtet und der dort vorhandene Spielraum für geistige Führung maximal ausgeschritten wird.

Köhler jedoch ist nicht Hindenburg. Der ehemalige Chef des Internationalen Währungsfonds bringt eine andere Sicht auf den Platz Deutschlands in der Welt als der deutsche Generalfeldmarschall des Ersten Weltkrieges und „Sieger von Tannenberg“. Auch deswegen ist die schwankende Berliner Republik nicht mit der sterbenden Weimarer Republik gleichzusetzen. Jedenfalls nicht so einfach. Der Althistoriker und Marxist, Arthur Rosenberg, hat über das Ende von Weimar geschrieben: „Die bürgerliche Republik war in Deutschland 1918 das Werk der Arbeiterklasse. Das Bürgertum selbst hat die werdende deutsche Republik entweder bekämpft oder nur lau unterstützt. 1930 ging die bürgerliche Republik in Deutschland zu Grunde, weil ihr Schicksal den Händen des Bürgertums anvertraut war und weil die Arbeiterschaft nicht mehr stark genug war, um die Republik zu retten. Die deutsche Arbeitnehmerschaft umfasste zwar zwei Drittel des Volkes, aber da sie sich weder in ihren politischen Idealen noch in ihren taktischen Methoden einigen konnte und weil sich ihre Riesenkräfte im Kampfe gegeneinander verbrauchten, kam die Gegenrevolution wieder zur Macht.“

Die heutige Berliner Republik hat zwei Quellen: die von den West-Alliierten auf den Trümmern des Nazi-Reiches gestiftete sozialstaatliche Bundesrepublik Deutschland und die auf Demokratie, Leistungsgerechtigkeit und schließlich (sozial-)staatliche Einheit zielende ostdeutsche Volksbewegung von 1989/90. Der innere Kitt und die äußeren Klammern, die diese Republik zusammenhalten, erodieren. Die historische Frage lautet: Wo sind heute die sozialen Gruppen, die die deutsche Demokratie in die Zukunft führen? Werden sie verstehen, dass diese Republik ihre Republik ist? Werden sie davon absehen, sie zu bekämpfen oder nur lau zu unterstützen? Und wird die demokratische Linke es schaffen, ihre politischen Ideale und ihre taktischen Methoden nicht in erster Linie gegeneinander zu wenden, sondern sie für die Vorwärtsentwicklung von Demokratie, Rechtsstaat und sozialer Gerechtigkeit produktiv zu machen?

Thomas Falkner ist Referent für Grundsatzfragen beim Vorsitzenden der Fraktion der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Der Opfern gedenken – die Täter benennen

von Gudrun Tiedge

Zur Konferenz der PDS-Landtagsfraktion und des Bildungsvereins Elbe-Saale zum 60. Jahrestag der Befreiung „Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen und deren Widerspiegelung in der Gedenkkultur“.

„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht. Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung! Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel! Das sind wir unseren gemordeten Kameraden und ihren Angehörigen schuldig.“ Dieser Schwur von Buchenwald wurde zum gemeinsamen Handlungsprinzip aller demokratischen Kräfte in Deutschland nach der Befreiung vom Faschismus.

Der 8. Mai 1945 war der Tag der Befreiung vom Faschismus: für Menschen aus Konzentrationslagern, Zuchthäusern, Zwangsarbeiterlagern, für politisch und weltanschaulich Andersdenkende, für die Völker Europas, für die deutsche Zivilbevölkerung aus Angst, Not, Chaos, Hunger und Leid.

Für 50 Millionen Menschen aber kam die Befreiung zu spät. Sie waren Opfer des barbarischen Krieges, der industriellen Massensterben an Menschen jüdischer Herkunft, an Sinti und Roma, an Menschen mit Behinderungen, an Homosexuellen. Und sie waren

Opfer der Verfolgung politisch und weltanschaulich Andersdenkender. Ihrer zu gedenken bedeutet auch die Täter zu benennen und getreu dem Schwur von Buchenwald, die Schuldigen vor die Richter der Völker zu stellen.

1945 herrschte systemübergreifender Wille, NS-Verbrechen gerecht zu ahnden. Viele standen damals vor der Frage, wie ahndet man gerecht Massenmord, Völkermord? Eine Frage, die vielleicht juristisch, nie aber vollständig moralisch beantwortet werden kann. Auch unsere Konferenz kann und will dies nicht. Gleichwohl soll mit der Konfrontation und der Auseinandersetzung mit den konkreten Verbrechen ein Beitrag zum Gedenken an die Befreiung vom Faschismus geleistet werden.

Dabei haben wir uns bewusst dafür entschieden, Juristen und Historiker aus Ost und West gemeinsam einzuladen, um in einem konstruktiven Dialog über die Strafverfolgung von NS-Verbrechen in beiden deutschen Staaten zu treten. Denn allzu oft wurde in der Vergangenheit über-, und nicht miteinander geredet. Dabei werden sicherlich unterschiedliche Ansichten aufeinandertreffen, geprägt durch unterschiedliche Erfahrungen in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Aber genau das ist gewollt.

Was nicht gewollt ist, ist eine politische Instrumentalisierung der Strafverfolgung von NS-Verbrechen. Ein gegenseitiges Aufrechnen auf dem Rücken der Opfer des Naziregimes darf es nicht geben. Die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen muss im vereinten Deutschland den Stellenwert bekommen, den der Schwur von Buchenwald einfordert. Dazu möchte unsere Konferenz einen Beitrag leisten. In Vorträgen und Diskussionen sollen der juristische Umgang und die strafrechtlichen Verfahren in der DDR und der BRD beleuchtet werden. Dafür konnten wir als Referenten Zeitzeugen, Akteure der Strafverfolgung, Professoren für Strafrecht, Strafprozessrecht und Völkerrecht sowie Historiker gewinnen. In der anschließenden Podiumsdiskussion soll es um eine Erinnerungsarbeit im gesellschaftlichen Alltag und um die Frage nach den Konsequenzen der NS-Geschichte für unsere Gesellschaft gehen. Es soll versucht werden, die Frage zu beantworten, wie sich das Gedenken mit den Entscheidungen der Gegenwart verbinden lässt, um damit mögliche Ansätze einer Gedenkkultur aufzuzeigen. Dazu lade ich Sie herzlich ein.

Gudrun Tiedge ist stellvertretende Landesvorsitzende der PDS und Rechtspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der PDS.

„Die Juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen und deren Widerspiegelung in der Gedenkkultur“

am 4. Mai 2005, 10.00 bis 18.00 Uhr
im Roncalli-Haus, Magdeburg
Max-Josef-Metzger-Str. 12/13, Raum 511

Anmeldung bei Kerstin Drzisga,
Tel. 0391/560 50 16, Fax 0391/560 50 08,
E-Mail drzisgak@pds.lt.lsa-net.de, www.pdslsa-lt.de

Konferenzablauf

10.00–10.15 Uhr Begrüßung: Gudrun Tiedge (MdL, Rechtspolitische Sprecherin)

10.15–10.30 Uhr Film/Trailer: „Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt“
Moderation: Pascal Begrich (Historiker, Magdeburg)

10.30–10.50 Uhr Jupp Gerats (Landesvorsitzender des IVvDn Sachsen-Anhalt)
Thema: „Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen in Deutschland aus dem Blickwinkel eines Zeitzeugen“

10.50–11.35 Uhr Curt Becker (Justizminister von Sachsen-Anhalt, 1967/72 Staatsanwalt bei der Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg)
Thema: „Verantwortung der Politik bei der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit“

11.35–12.15 Uhr Kurt Schrimm (Leiter der zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Gewaltverbrechen in Ludwigsburg)

Thema: „Strafrechtliche Aufarbeitung der NS-Vergangenheit vor 1989 – insbesondere auf dem Gebiet der BRD“

12.15–13.00 Uhr Carlos Foth (Staatsanwalt beim Generalstaatsanwalt der ehemaligen DDR)

Thema: „Mein Anteil an der Ahndung von NS-Straftaten“

13.45–14.25 Uhr Prof. Dr. Norman Paech
(Völkerrechtler an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg)

Thema: „Aufarbeitung von NS-Verbrechen in Südosteuropa. Zum Schicksal italienischer Zwangsarbeiter“

14.25–15.15 Uhr Prof. Dr. Christiaan Frederik Rüter (Ordinarius für Strafrecht und Strafprozessrecht an der Universität Amsterdam)

Thema: „Die Ahndung von NS-Gewaltverbrechen im deutsch-deutschen Vergleich“

15.15–15.30 Uhr Wulf Gallert (Fraktionsvorsitzender)

16.00–17.45 Uhr Podiumsdiskussion mit den Referenten

Thema: „Zur Gedenkkultur: Die öffentliche Wahrnehmung der NS-Verbrechen in der Gegenwart sowie die Gestaltungsmöglichkeiten des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“

Moderation und Impulsreferat: Pascal Begrich (Historiker)

17.45–18.00 Uhr Schlussbemerkungen: Gudrun Tiedge (MdL)